



16. Wahlperiode

HESSISCHER LANDTAG

Stenografischer Bericht

– öffentliche Anhörung –

40. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr

31. August 2006, 16.10 bis 18.10 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender Abg. Rüdiger Hermanns (CDU)

CDU

Abg. Michael Boddenberg
Abg. Brigitte Kölsch
Abg. Judith Lannert
Abg. Dr. Walter Lübcke
Abg. Gottfried Milde (Griesheim)
Abg. Klaus Peter Möller
Abg. Günter Schork
Abg. Frank Williges

SPD

Abg. Uwe Frankenberger
Abg. Lothar Klemm
Abg. Hildegard Pfaff
Abg. Bernd Riege
Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

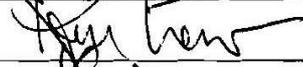
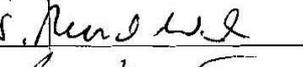
Abg. Marcus Bocklet
Abg. Margaretha Hölldobler-Heumüller

FDP

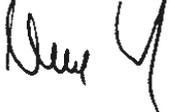
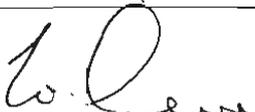
Abg. Dieter Posch

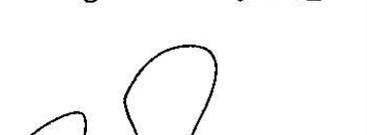
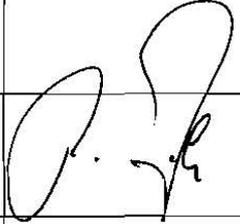
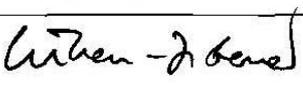
FraktAss Jödicke (Fraktion der CDU)
 FraktAssin Engelhardt (Fraktion der CDU)
 FraktAssin Dr. Everts (Fraktion der SPD)
 FraktAss Dr. Buss (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 FraktAss Blotevogel-Groh (Fraktion der FDP)

Landesregierung, Rechnungshof, etc.:

Name	Amtsbezeichnung	Ministerium, Behörde	Unterschrift
DR. RHIEL	M	HMWVL	
KRÄMER	StS	HSM	
LEIMBERT	MDpr	HMWVL	
RAABE	UMR	4	
Munsch-Wede	OAR'in	HMWVL	
Stettin	ROR e.A.	HSM	

Anzuhörende:

Institution	Name	Unterschrift
Institut Wohnen und Umwelt GmbH Forschungseinrichtung des Landes Hessen und der Stadt Darmstadt	Geschäftsführer Dr. Uwe Wullkopf	
Diakonisches Werk in Hessen und Nassau	Dr. Wolfgang Gern	
Geschäftsführer der Caritas Frankfurt/M. Vorst. d. Bund.arb.gem. Soz. Stadtentw.	Hartmut Fritz Michael Heinz	
Geschäftsführender Vorstand der Schader-Stiftung	Christoph Kulenkampff	

Geschäftsführer der Nassauischen Heimstätte	Bernhard Spiller MARION SCHWITZ-STADTFELD	
Herrn Bürgermeister Stadt Wetzlar	Klaus Breidsprecher Peter Matzke Sara Hammann	 
Herrn Bürgermeister Stadt Raunheim	Thomas Jühe	
Geschäftsführer der Wohnbau Gießen GmbH	Volker Behnecke	
Fachhochschule Darmstadt FB Sozialpädagogik	Professor Dr. Walter Hanesch	
	Hans-Georg Zapf	
	Erika Lotz-Halilovic	
	Bettina Baums	
LAG Soziale Brennpunkte	Christoph Kummer Christina Hey	
Servicestelle HEGISS	Dr. Folkert Lücken-Isberner	

Protokollierung: RDirin Heike Schnier
Herr Semar

Öffentliche Anhörung

zu dem Thema

„Sechs Jahre Soziale Stadterneuerung Bilanz und Perspektiven“

hierzu:

Berichtsantrag

der Abg. Schäfer-Gümbel, Frankenberger, Fuhrmann, Eckhardt, Habermann, Klemm, Dr. Pauly-Bender, Pfaff, Riege, Dr. Spies, Tesch (SPD) und Fraktion betreffend soziale Stadterneuerung
– Drucks. 16/2295 –

WVA, SPA

Schreiben des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung – LD 16/2295 – vom 05.09.2004 und 29.05.2005
– Ausschussvorlage WVA/16/20, Teil 1 und 2 –
– Ausschussvorlage SPA/16/18, Teil 1 und 2 –

(Teil 1 eingegangen beim Landtag und verteilt am 23.09.2004,
Teil 2 eingegangen beim Landtag am 01.06.2005 und verteilt am
02.06.2005, an Mitgl. WVA, SPA, RH, SM und Fraktionen)

Stellungnahmen der Anzuhörenden

– Ausschussvorlage WVA/16/66 –
– Ausschussvorlage SPA/16/57 –

(Teil 1 eingegangen beim Landtag im August 2006, verteilt am
23.08.2006 an Mitgl. WVA, SPA, MWVL, SM und Fraktionen)

Vorsitzender: Meine Damen und Herren! Ich darf die 40. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr eröffnen.

Ich möchte mich bei den Anzuhörenden sehr dafür entschuldigen, dass sie etwas länger vor der Tür stehen mussten. Wir hatten vor der Anhörung noch eine offizielle Ausschusssitzung. Dabei hat sich die Diskussion etwas länger hingezogen als geplant. Ich hoffe, Sie verzeihen uns, dass wir Sie haben warten lassen.

Ich begrüße den Herrn Minister, den Herrn Staatssekretär sowie die übrigen anwesenden Mitglieder der Hessischen Landesregierung.

Das Thema unserer heutigen öffentlichen Anhörung lautet „Sechs Jahre Soziale Stadterneuerung – Bilanz und Perspektiven“. Hierzu liegen ein Berichtsantrag der Abg. Schäfer-Gümbel, Frankenberger, Fuhrmann etc. (SPD) und Fraktion, Drucks. 16/2295, sowie

die Schreiben des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung vom 05.09.2004 und 29.05.2005 vor. Ferner liegen Stellungnahmen der Anzuhörenden vor. An der Behandlung ist der SPA beteiligt.

Der Ablaufplan ist untergliedert in die fünf Komplexe „Standorte“, „Wohnungswirtschaft“, „Wohlfahrtspflege“, „Konzept/Evaluierung“ und „Bewohnerinnen und Bewohner“. Zum Verfahren würde ich den Vorschlag unterbreiten, dass wir zunächst die Komplexe „Standorte“ und „Wohnungswirtschaft“ zusammenfassen und nach den Vorträgen der betreffenden Anzuhörenden eine Fragerunde der Abgeordneten mit entsprechenden Erläuterungen durch die Anzuhörenden durchführen.

Ich würde herzlich darum bitten, dass die Redezeitvorgabe von fünf Minuten von den Anzuhörenden sowie den Herren und Damen Abgeordneten möglichst nicht überschritten wird. Es wäre schön, wenn Sie ein bisschen unter dieser Vorgabe blieben. Dann können wir, glaube ich, diese Anhörung in einem überschaubaren Zeitrahmen durchführen.

Gibt es von Ihrer Seite noch Vorschläge zum Verfahren? – Ich sehe keine. Dann rufe ich, wie besprochen, zunächst die Komplexe „Standorte“ und „Wohnungswirtschaft“ auf.

Bürgermeister **Jühe**: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich denke, ich werde mich genau an die Redezeitvorgabe von fünf Minuten halten können und sie vielleicht sogar unterschreiten.

Um deutlich zu machen, wo die besondere Problemstellung einer Kommune liegt, die verhältnismäßig klein ist und einen entwicklungsbedürftigen Stadtteil hat, gebe ich erst einmal eine Problembeschreibung: 42 % unserer 14.500 Einwohner sind Menschen mit Migrationshintergrund. 63 % der Kinder bis zu sechs Jahren in unserer Stadt haben einen Migrationshintergrund. Sie können sich vorstellen, dass das für eine Kleinstadt eine besondere Belastung ist. Wenn man sich dann noch vergegenwärtigt, dass der entwicklungsbedürftige Stadtteil, für den wir in das Programm „Soziale Stadt“ aufgenommen wurden, 40 % der Gesamtbevölkerung unserer Stadt umfasst, erkennt man, dass dieses städtische Problem nicht untergeordneter Natur ist, sondern eines der wesentlichen Probleme der Stadt selbst beschreibt.

Das Ganze korrespondiert natürlich mit sozialstrukturellen Daten, die ebenfalls auffällig sind. Wenn Sie zum Beispiel sehen, dass der Anteil der Hochqualifizierten in Raunheim bei 5,2 % liegt, während er in Hessen insgesamt bei über 10 % liegt, dann erkennen Sie, dass es nicht nur um Integrationsaufgaben wegen der Problematik des hohen Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund geht, sondern dass wir auch wesentliche sozialpolitische Aufgabenstellungen zu bewältigen haben. Das lässt sich noch weiter veranschaulichen, wenn man sich anschaut, wie hoch der Anteil von Haushalten mit geringem Einkommen ist. Dieser liegt in Raunheim bei 26,1 %, während er in Hessen insgesamt 18,8 % beträgt. Die letzte Angabe, die ich Ihnen dazu noch machen möchte, lautet, dass in Raunheim die Wohnfläche, die pro Einwohner zur Verfügung steht, mit 33,9 Quadratmetern pro Einwohner die geringste in Hessen ist. Der Mittelwert in Hessen liegt bei 41,6 Quadratmetern.

Ich denke, Sie, die sich mit sozialpolitischen Aufgabenstellungen befassen, wissen, was diese Daten bedeuten. Eine Stadt ist damit sowohl bei den Ausgaben stark belastet als

auch bei den Einnahmen benachteiligt. Wir haben also gar keine andere Chance, als uns über Programme wie das Programm „Soziale Stadt“ diesen Aufgabenstellungen zu widmen – erfolgreich zu widmen. Der städtische Haushalt gibt diese Möglichkeiten nicht her, zumal der Verwaltungshaushalt schon mit 15 % belastet ist, was ergänzende sozialpolitische Maßnahmen anbetrifft.

Wir haben in den letzten Jahren mithilfe dieses Programms sehr erfolgreich arbeiten können. Aber wir entdecken hier natürlich Schwierigkeiten, die auf uns zugekommen sind oder in der Zukunft auf uns zukommen werden. Dies ist zum einen – das ergibt sich auch aus dem Material, das uns zur Anhörung zugänglich gemacht wurde – der Wegfall der nichtinvestiven Maßnahmen bzw. die Kompensationslösung, die hier vorgesehen wurde. Hier haben wir große Schwierigkeiten. Denn immer mehr Institutionen streben auf die noch verbliebenen Fördertöpfe, es wird immer enger, und wir haben nie eine langfristige Sicherung dieser Förderung.

Das lässt mich zu dem Thema kommen, dass die Konzeption im Rahmen der „Sozialen Stadt“, die jetzt bei der nichtinvestiven Förderung erneut angedacht ist, nämlich ausschließlich Modellprojekte zu fördern, für uns ein Riesenproblem darstellt. Wir haben in den letzten Jahren einige Vorhaben auf den Weg gebracht, die Erfolg zeigen, bei denen wir aber noch an der Feinjustierung sind. Die Feinjustierung bedarf auch der Kontrolle, um sie irgendwann einmal so verstetigen zu können, dass man tatsächlich sagen kann: „Das ist etwas, was über Jahre und Jahrzehnte in Raunheim etabliert werden kann.“ Dafür stehen aber keine Fördermittel zur Verfügung. Es müsste also auch hier darüber nachgedacht werden, wie unter dem Verstetigungsaspekt erfolgreich evaluierte Maßnahmen auch weiter gefördert werden können.

Ich möchte noch darauf aufmerksam machen, dass wir in Raunheim eine Problemstellung haben, die sicherlich für die anderen Standorte des Programms „Soziale Stadt“ auch gilt, nämlich das Problem der Schulen. In der weiterführenden Schule in Raunheim haben wir einen so hohen Migrantenanteil, dass deutschstämmige mittelständische Familien zunehmend ihre Kinder an andere Schulstandorte schicken. Das heißt, es lässt sich tatsächlich ein Verfall dieser Schule beschreiben. Hier gibt es das Erfordernis – das war ja auch eine Fragestellung –, dass die Ministerien koordinierter zusammenarbeiten. Hier ergibt sich für mich ganz klar das Plädoyer: Das Kultusministerium muss stärker eingebunden sein, und es muss die Fragestellung erörtert werden, ob es nicht Sinn macht, differenzierter vorzugehen, was das Lehrpersonal anbetrifft, um benachteiligte Schulstandorte entsprechend aufwerten zu können. Denn die Problematik, was es bedeutet, wenn eine Schule erst einmal in Schieflage gerät, ist für jeden erkennbar.

So viel zunächst einmal. Das war ja quasi mein Eingangsstatement. Vielleicht gibt es nachher noch die Gelegenheit, das eine oder andere Problem zu schildern.

Bürgermeister **Breidsprecher**: Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich trage Ihnen kurz vor zu dem Thema „Sechs Jahre Soziale Stadterneuerung der Stadt Wetzlar – Bilanz und Perspektiven“. Mein Vortrag wird hinterlegt mit einigen Schaubildern, damit er vielleicht ein wenig anschaulicher für Sie wird.

(Schaubilder siehe Anlage)

Hintergrund: Die Stadt Wetzlar hat zwei Projektgebiete „Soziale Stadt“: seit 1999 das Gebiet Silhöfer Aue/Westend, gekennzeichnet durch eine ehemalige große Kaserne, von denen wir in Wetzlar als ehemals größtem Bundeswehrstandort in Hessen zwei hatten, und seit 2005 das Gebiet Niedergirmes, gekennzeichnet dadurch, dass in diesem Stadtteil mehr Nichtdeutsche als Deutsche leben. Bei den beiden Gebieten handelt es sich um Stadtbezirke mit besonderem Entwicklungsbedarf, die in ihrer Problemstellung sehr unterschiedlich sind.

Stadtbezirk Silhöfer Aue/Westend: Die Silhöfer Aue, Konversionsgebiet mit umliegender Wohnbebauung als Geschosswohnungsbau und Eigenheimen sowie mit vielfältiger Gewerbeansiedlung, hat mit dem Abzug der Bundeswehr samt Angehörigen sein sozial-kulturelles Rückgrat verloren und drohte, infolge des vermehrten Zuzugs von Migranten und einkommensschwachen Familien zum Brennpunkt zu werden.

Stadtbezirk Niedergirmes: Niedergirmes, der größte Stadtteil Wetzlars, ist in seinem Kern eher dörflich und von schmalen Straßen und Fachwerkbauten geprägt. In seiner jüngeren Geschichte wurde der Stadtbezirk stark von der ansässigen Schwerindustrie geprägt, insbesondere im Hinblick auf die Nachfrage nach entsprechenden Arbeitskräften und die dekadentmäßig typische Bebauung. Dort wohnen mittlerweile mehr Familien mit Migrationshintergrund als „einheimische“ Familien.

Sozialstrukturatlas: Die fortgeschriebene Sozialplanung beschreibt beide Stadtbezirke auf der Grundlage der Indikatoren zur sozialen Segregation, sozialen Position und administrativen Intervention als Stadtbezirke „mit der Häufung ungünstiger Lebenslagen und Häufung von Auffälligkeiten“.

(siehe Seite 8 der Anlage)

Dies ist auf dem Schaubild jetzt leider nicht zu erkennen. Die herausragenden Balken in diesem Diagramm über dem „Nullmeridian“ machen deutlich, dass der Anteil der Ausländer, der Anteil von Räumungen, der Anteil von Schuldnerberatungen und sonstige Nachteile in diesen Stadtbezirken, die auf diesem Diagramm abgebildet sind, im Gesamtverhältnis zur Stadt Wetzlar besonders auffällig sind.

Eine Zwischenbilanz für das Projektgebiet Silhöfer Aue/Westend kann bereits gezogen werden. Der Stadtbezirk ist auf einem sehr guten Weg – dazu später mehr –, auch wenn die gesamtgesellschaftlichen Aufgabenstellungen zum Abbau von Erwerbslosigkeit und zur erfolgreichen Integration von Zuwanderern weiterhin eine Herausforderung darstellen.

Ressourcenbündelung und ressortübergreifende Zusammenarbeit: Als ein wichtiges Strukturelement in beiden Gebieten ist die zentrale Steuerung zu sehen. Das Programm und die strategische Projektsteuerung sind dem Bürgermeister und Sozialdezernenten der Stadt Wetzlar, also mir, zugeordnet, und das Koordinierungsbüro für Jugend und Soziales setzt im Projektverbund mit den Fachämtern Stadtplanung und Jugendhilfe das Programm und weitere Maßnahmen im Projektgebiet um.

Stärkung der gemeinsamen Verantwortung für den Sozialraum: Die Stadt Wetzlar hat auf der Grundlage eines integrierten Handlungskonzepts mit einer Rahmenplanung und dem Aufbau von Beteiligungsstrukturen wichtige Impulse gegeben: Öffentliche Plätze und Gemeinschaftseinrichtungen wie das Nachbarschaftszentrum – Sie sehen es hier

abgebildet – wurden geschaffen. Die Maßnahmen der Verbesserung der sozialen Infrastruktur und der Spiel- und Freiflächen, wie der Ausbau der Freizeithalle, die vor dem Abriss stand und die wir nur dank dieses Programms einer intensiven und vielfältigen Nutzung zuführen konnten, sind umgesetzt. Die verkehrliche Infrastruktur wird mit der Einführung einer neuen Buslinie in diesem Gebiet erreicht. Soziale Initiativen und Projekte vom Karnevalsverein bis zu den Kirchen werden initiiert und vernetzt.

Kooperation mit externen Akteuren: Die Verbände und Vereine bringen sich mit Angeboten ein. Die Wohnungswirtschaft trägt, insbesondere in diesen beiden Projektgebieten, durch Modernisierungsmaßnahmen zur Verbesserung der Wohnverhältnisse bei. Durch Neubautätigkeit verbunden mit Eigentumsbildung vor allem für junge Familien wird eine ausgewogene neue Bewohnerstruktur in diesem Gebiet mit Schwerpunkt Westend geschaffen.

Aktivierung, Beteiligung und Entscheidungsstrukturen in diesem Projekt: Erstens: Der Stadtteilbeirat als formales Beteiligungsgremium geht mit der neuen Legislaturperiode in die zweite Runde. Zweitens: Das Quartiersmanagement als wichtige Anlaufstelle und „Mittler vor Ort“ – in dem Fall von der Stadt Wetzlar an die beiden Kirchen vergeben, im Westend mit dem entsprechenden Vorsprung seit 1999 an die Caritas. Drittens: Gründung des Fördervereins „Nachbarn im Westend e. V.“ im Jahr 2005, Bürgerinnen und Bürger ergreifen die Chance. Viertens: Beteiligung der Anwohnerinnen und Anwohner bei der Wohnumfeldgestaltung am Beispiel eines LOS-Projekts.

Perspektiven: Die Stadt Wetzlar hat bisher Mittel für das Projektgebiet „Silhöfer Aue/Westend“ im Umfang von 2,5 Millionen € aufgewandt. 650.000 € sind aktuell für Maßnahmen gebunden, und 3 Millionen bis 3,5 Millionen € sind für weitere Projekte in der Programmlaufzeit verplant. Dieses Engagement gelingt der Stadt nur dank der Zuschussung durch das Bund-Länder-Programm. Für das Projektgebiet „Silhöfer Aue/Westend“ hoffen wir, dass sich die angestoßene Entwicklung auf allen Handlungsfeldern fortsetzt.

Die positiven Ergebnisse aus dem ersten Projektgebiet „Westend“ und die mit dem Bund-Länder-Programm verknüpften Chancen haben uns veranlasst, ein zweites Projektgebiet aufzulegen und gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern und den weiteren Akteuren die Probleme dort anzugehen. Hier wird aktuell der Rahmenplan erstellt, die Beteiligungsstrukturen sind aufgebaut und die ersten Leuchtturmprojekte wie der gemeinsame Umbau des ehemaligen evangelischen Gemeindehauses zu einem Nachbarschaftszentrum und Maßnahmen zur Verbesserung der Betreuung und Bildung der Kinder und der Verbesserung der Angebote für die Familien sind in Vorbereitung. Hier ist von einem Projektvolumen von 3 Millionen bis 4 Millionen € auszugehen.

Resümee: Trotz angespannter Haushaltslage und eines klaren Sparkurses investiert die Stadt kontinuierlich in die Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf. Dazu ist aber eine Förderung von Bund und Land im bisherigen Umfang weiterhin notwendig.

Der im Rahmen des Programms formulierte integrierte Ansatz hat sich auf kommunaler Ebene bewährt, setzt aber eine zentrale Steuerung und eine koordinierte, ressortübergreifende Umsetzung voraus.

Maßnahmen aus den verschiedenen Handlungsfeldern müssen ineinandergreifen, um eine positive Entwicklung auszulösen. Doch dafür brauchen die Kommunen neben den

investiven Städtebaufördermitteln ebenso Unterstützung im nichtinvestiven Bereich, um auf den Sozialraum zugeschnittene Angebote, zum Beispiel Angebote für Jugendliche beim Übergang von Schule zu Beruf und Bildungsangebote für Migranten, durchführen zu können.

LOS-Projekte haben in den vergangenen Jahren den Betroffenen die Chance geboten, aktiv zu werden. Nach meiner bisherigen Information endet die Förderperiode im Jahr 2006/2007. Hier ist eine Fortführung dringend notwendig.

Das Land Hessen sollte sich dafür einsetzen, dass für die Zukunft neben städtebaulichen Maßnahmen auch soziale Maßnahmen in den Projektgebieten gefördert werden können.

Frau Schmitz-Stadtfeld: Mein Name ist Marion Schmitz-Stadtfeld. Ich vertrete Herrn Spiller, den Geschäftsführer der Nassauischen Heimstätte.

Sehr verehrte Damen und Herren! Ich möchte Ihnen in der heutigen kurzen Bilanz die gesellschaftlichen Gewinnergruppen des Programms „Soziale Stadt“ aus der Sicht der Wohnungswirtschaft vorstellen. Das setzt natürlich voraus, dass die Wohnungswirtschaft glaubt, dass dieses Programm Gewinnergruppen hervorbringt. Ich möchte die These in den Raum stellen, dass auch die Wohnungswirtschaft zu den Gewinnergruppen des Programms „Soziale Stadt“ gehört. Gleichzeitig stelle ich voran, dass die Wohnungswirtschaft Teil des Programms ist und dass auch das Programm „Soziale Stadt“ ohne die Wohnungswirtschaft nicht funktionieren kann. Eine weitere These ist, dass das Programm „Soziale Stadt“ für alle Partner ausnahmslos ein Lernprogramm ist und deshalb nicht isoliert bewertet werden kann. Vielmehr profitieren bereits jetzt andere Förderprogramme wie das Programm „Stadtumbau in Hessen“ von den Methoden und Strukturen, die über das Programm „Soziale Stadt“ implementiert wurden.

Die Effizienzüberprüfung, also die Bilanzierung, erfolgt aus der Perspektive der Unternehmensgruppe Nassauische Heimstätte/Wohnstadt Kassel. Wir sind in etwa 100 hessischen Städten mit städtebaulicher Beratung tätig und an etwa 50 % der Standorte der „Sozialen Stadt“ entweder als städtebaulicher Dienstleister vertreten oder mit der Wohnungsverwaltung Partner anderer Dienstleister im Programm „Soziale Stadt“.

Gestatten Sie mir, dass ich das kurz quantifiziere: Als Dienstleister haben wir in etwa zehn Städten – Dietzenbach, Offenbach, Raunheim, Bischofsheim usw. – pro Standort 30 bis 50 Projekte initiiert. Wenn Sie das hochrechnen, kommen Sie auf etwa 300 bis 500 Projekte in Hessen. In der Verwaltung unserer Wohnungen haben wir in den vergangenen fünf Jahren gemeinsam mit Kommunen und anderen Dienstleistern etwa 100 Projekte entwickelt. Das heißt, wir haben hier die Perspektive eines wichtigen privatwirtschaftlichen Akteurs in den Programmgebieten, zudem eines Trägers, Kofinanzierers und Investors im Bereich von Wohnungsbestand, Freianlagen, Grünflächen in den hessischen Programmgebieten. Zudem ist die Wohnungswirtschaft insgesamt – nicht nur die Nassauische Heimstätte – ein weitestgehend wirtschaftlich stabiler und zuverlässiger Kooperationspartner.

Exemplarische Handlungsräume der Wohnungswirtschaft im Programm sind die Einrichtung von Stadtteilbüros, Gemeinschaftsräumen, Nachbarschaftstreffs, hausnahen

Kommunikationszonen, Quartiersplätzen, Grünanlagen und die Beteiligung bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

Die Beurteilungskriterien des Programms, die ich Ihnen darlege, sind synchron mit den betriebswirtschaftlichen Parametern eines wohnungswirtschaftlichen Unternehmens. Das heißt, die Inhalte des Programms sind nachbarschaftliche Netzwerke, Wohnumfeldqualität, Nahversorgungsangebote, soziokulturelle Infrastruktur, Freizeitangebote, kulturelle Infrastruktur. All dies ist die Interessenslage der Wohnungswirtschaft in ihrem Wohnungsbestand.

Es entsteht hier eine Win-win-Situation. Die betriebswirtschaftlichen Effekte des Programms für die Wohnungswirtschaft, die sich als Partner beteiligt, sind betriebswirtschaftlich ganz klar quantifizierbar. Ich möchte es so bezeichnen: Die Partnerschaft rechnet sich für die Wohnungswirtschaft. Es ist also nicht nur eine altruistische Überlegung, sich an diesem Programm zu beteiligen, sondern es ist eine betriebswirtschaftliche Entscheidung. Das Engagement der Wohnungswirtschaft im Programm „Soziale Stadt“ wirkt sich aus auf die Fluktuation, die Leerstände, die Gerichtskosten, die Personalkosten, die Versicherungskosten, die Instandhaltungskosten, die Kosten im Zusammenhang mit Straftaten usw.

Die erste Feststellung lautet: Die Wohnungswirtschaft hat einen quantifizierbaren Return on Investment, wenn sie sich als Kooperationspartner im Programm engagiert – Stichwort Sozialrendite.

Kurz zu den Effekten für Bürger und Mieter: Die Zielgruppe des Programms ist natürlich synchron mit der Zielgruppe der Wohnungswirtschaft. Das heißt, die Bürger sind zum Teil unsere Mieter. Das Programm aktiviert die Bewohner der Programmgebiete, möglichst selbstständig Handelnde der Quartiersentwicklung zu werden. Das heißt, es steigert das bürgerschaftliche Engagement, es schafft den tätigen und nicht den larmoyanten, konsumierenden Bürger bzw. Mieter, und es fördert den Bürger und fordert ihn natürlich auch. Die Effekte sind eine Steigerung der Lebensqualität in den Programmgebieten und die Entstehung von Heimat und gesellschaftlicher Aufstiegsressource.

Die zweite Feststellung lautet: Der sich mit seinem Quartier und seiner Wohnung identifizierende Bürger und Mieter ist der kostensparende Bürger und Mieter.

Die Effekte für die Kommunalverwaltungen sind folgende: Die „Soziale Stadt“ erfordert den Verzicht auf eindimensionales Ressortdenken in den Verwaltungen. In der Verwaltung findet das Aufbrechen von „Säulendenken“ statt. Es ist also vor allen Dingen ein methodisches Programm. Ich glaube sogar, dass die Methoden noch wichtiger sind als die Inhalte. Die Nutzung von dezernatsübergreifenden Synergien fördert verbessertes Verwaltungshandeln im Hinblick auf heterogene, komplexe Problemlagen. Ferner wird eine Mehrdimensionalität von Problemlösungsansätzen geschaffen, die das Verwaltungshandeln reformiert.

Die dritte Feststellung lautet: Ämterübergreifendes, mehrdimensionales Verwaltungshandeln in den Kommunen setzt Effekte frei, die auch die Ressourcen der Wohnungswirtschaft schonen.

Die Effekte für die Kommunalpolitik: Städtebauliche Missstände in Problemgebieten werden behoben. Erodierende Quartiere werden stabilisiert. Durch Imagesteigerung

entsteht neue Stadt- und Quartiersidentität. Der Bürger bzw. Wähler identifiziert sich mit Heimat.

Die Win-win-Situation für das Land Hessen: Ich glaube, dass die Verhältnismäßigkeit zwischen dem Fördermitteleinsatz und den Effekten dieses Programms wirklich hervorragend ist. Wenn man sieht, was ein solches Quartiersmanagement an einem Standort kostet – an einem Standort wie Dietzenbach zwischen 50.000 und 100.000 € – und welche Effekte mit einem relativ geringen Mitteleinsatz über diesen Zeitraum erreicht werden können, ist das sehr beeindruckend. Der Programmmitelesatz findet in Gebieten statt, die in besonderer Weise von Zuwanderung betroffen sind. Der steigenden Zuwanderung fremder Ethnien – Herr Bürgermeister Jühe hat es vorhin schon angesprochen – steht die schwindende kommunale Finanzausstattung gegenüber, um diese Probleme zu bewältigen. Dies erschwert es, die städtebaulichen Funktionsverluste zu beseitigen.

Zum Abschluss möchte ich Ihnen noch ganz kurz exemplarische volkswirtschaftliche Beurteilungskriterien/Indikatoren nahe legen. Wir haben über eine Studie, die seinerzeit die Universität Trier durchgeführt hat, für die Stadt Offenbach noch einmal in besonderer Weise dargelegt, dass insbesondere die weichen Standortfaktoren wie Sauberkeit, Ordnung und Bevölkerungszusammensetzung wichtig sind und die Investitionsentscheidungen von Investoren erheblich beeinflussen. Weitere Indikatoren sind die Bevölkerungsentwicklung, die Altersstruktur, die Bevölkerungszusammensetzung, die wiederum die Eigentumsbildung, die Bodenrichtwerte und die Investitionsfreudigkeit der Wirtschaft beeinflussen. Gleiches gilt für die Wohnungsbelegung bzw. die Belegungspolitik, die die Mietpreise, die Eigentumsbildung und die Identifikationskraft des Quartiers beeinflusst.

Ich rede schon so lange. Deshalb übergehe ich jetzt einige Punkte.

Die letzte Feststellung: Die volkswirtschaftliche Rendite sowie die sozial- und wohnungspolitischen Zielsetzungen des Landes sind kongruent mit den betriebswirtschaftlichen Pflichten, aber auch dem sozialpolitischen Auftrag der Wohnungswirtschaft.

Zum Abschluss nenne ich noch kurz einige Optimierungsmöglichkeiten. Es gibt immer ein natürliches Spannungsverhältnis zwischen Wohnungswirtschaft und Quartiersmanagement. Hier gibt es noch Verbesserungsmöglichkeiten. Die Wohnungswirtschaft muss sich mancherorts Beteiligungsansätzen noch mehr öffnen und den mündigen Mieter zulassen. Die Wohnungswirtschaft muss aktiv neue Belegungsmodelle entwickeln und die Quartiere sinnhafter durchmischen. Als Letztes noch die Empfehlung, in die Evaluation dieses Programms auch Betriebswirte und Volkswirte einzubeziehen, um hier auch zu einem Controlling und zu Indikatoren zu kommen.

Herr **Behnecke**: Meine Damen und Herren! Ich glaube, ich kann mich den Ausführungen meiner Vorrednerin, was die Bewertung dieses Programms aus wohnungswirtschaftlicher Sicht anbelangt, in der Gänze anschließen. Deswegen kann ich auf diesen Teil verzichten und werde mich auf ein Praxisbeispiel, ein Sanierungsbeispiel, und auf die Konsequenzen in einer Kommune wie der Stadt Gießen beschränken können. Damit werde ich, denke ich, auch im Redezeitrahmen von fünf Minuten bleiben können.

Die Stadt Gießen unterhält als 100%-Gesellschafterin eine relativ große Wohnungsgesellschaft, die Wohnbau Gießen GmbH. Mit 7.200 WEs hatte sie ein großes Problem, was die Abarbeitung des Sanierungsstaus, nicht nur im Programmgebiet – Nordstadt in diesem Fall –, sondern insgesamt, anbelangte. Von unserem Dachverband wurde der Sanierungsstau seinerzeit, vor ca. acht Jahren, also zu Programmbeginn, auf ca. 210 Millionen € geschätzt.

Die Stadt Gießen gehörte sehr früh zu den Teilnehmern des Programms. Wir hatten auch eine ausreichende Vorlaufphase, sodass wir aus wohnungswirtschaftlicher Sicht sagen konnten: „Damit die eingesetzten Mittel nicht wie ein Strohfeuer verpuffen und eine wirkliche Nachhaltigkeit und wohnungswirtschaftliche Effekte dauerhaft erzielt werden können, beschränken wir uns auf die Sanierung eines bestimmten Wohngebiets.“ Das war ein Teilgebiet – ich möchte mich jetzt nicht auf die Beschreibung der Sozialstruktur dort konzentrieren, weil das nachher noch Gegenstand eines Redebeitrags einer Rednerin aus Gießen sein wird – in der Nordstadt von Gießen. Der größte Wohnungsbesitzer ist dort die Wohnbau Gießen GmbH mit 560 WEs, die durch die Entscheidung, sich im Programm zu engagieren, in das Sanierungsgebiet aufgenommen werden konnten. Die Grundlage war ein städtebaulicher Vertrag, der mit dem Magistrat der Stadt Gießen geschlossen wurde. Neben der Wohnbau Gießen haben sich lobenswerterweise – das war eine Initiative, die nicht zuletzt durch diese Gesellschaft ausgelöst wurde – eine Reihe von privaten Wohnungsbesitzern in den städtebaulichen Vertrag einbringen können.

Natürlich waren die vorrangigen Ziele sehr frühzeitig formuliert. Wir brauchten eine nachhaltige Stärkung und Sicherung der lokalen Ökonomie – das ist auch zu großen Teilen erreicht worden – und insgesamt eine effektive Neugestaltung der Sozialstruktur – dazu werden nachher noch ein paar Bemerkungen gemacht werden können.

Nun zu den direkten Sanierungsmaßnahmen. Die Gebäude sind noch gar nicht so alt. Sie wurden erst zwischen 1960 und 1963 errichtet. Ich selbst bin in diesem Gebiet groß geworden. Ich kann mich noch an die Zeit erinnern, als die Gebäude gebaut wurden, die jetzt schon seit Jahren einen riesigen Sanierungsstau vor sich herschieben. Die Zahl der Wohnungen beträgt – ich sagte es schon – 560. Es handelt sich um Zwei- bis Vierzimmerwohnungen in der Größe zwischen 50 und 80 Quadratmetern. Der Gebäudebestand sowie die gesamte Freifläche mussten als absolut abgängig eingeschätzt werden. Mit der unattraktiven Freiflächengestaltung, der fehlenden Kommunikationsräume und dem Mangel an Garagen und Pkw-Stellplätzen ging eine recht problematische Belegungsstruktur einher.

Wir hatten uns dann gemeinsam mit der Stadt dazu entschlossen, hier wirklich Nägel mit Köpfen zu machen und eine Gesamtsanierung nicht nur des Gebäudebestands, sondern auch der Freiflächen vorzunehmen, weil auch sämtliche Zuleitungen und die gesamte Entsorgungs- und Versorgungsleitungsstruktur abgängig waren, sodass dort auch in sehr großem Umfang Tiefbaumaßnahmen mit angestoßen wurden. Diese wären ohne den Einstieg über das Programm – obwohl natürlich nicht mitfinanziert aus diesem Programm – in diesem Umfang nicht möglich gewesen.

Bis Ende der Maßnahme werden wir eine Freifläche von etwa 54.000 Quadratmetern völlig neu gestaltet haben. Es entstehen – die Maßnahmen sind bis zu einem kleinen Teil bereits abgeschlossen – neue Zu- und Abfahrten in jedem Straßenzug. Eine Neuordnung von Garagen und Stellplätzen ist vorgenommen worden. Wege für Rettungs-

fahrzeuge und Müllfahrzeuge sind angelegt worden. Ferner sind neue Sitzgelegenheiten, Wäschetrocken- und Fahrradabstellplätze usw. entstanden. Durch die Zusammenarbeit mit der Abfallberatungsgesellschaft des Kreises wurde ein völlig neues Abfallmanagement entwickelt und auch erfolgreich umgesetzt. Wir verfügen jetzt über barrierefreie Gehwege in der Anlage, haben das gesamte Beleuchtungsnetz erneuert, die Grünanlagen erneuert, die Schmutzwasserkanäle erneuert und mit den Stadtwerken Gießen auch die Trinkwasserversorgungsleitung erneuert.

Ganz kurz noch zu der Sanierung im Gebäudebestand selbst: Die Wohnungszuschnitte waren nicht mehr zeitgemäß und die Balkone zu klein und unzureichend nutzbar. Die alten Balkone wurden abgeschnitten, und neue Balkone wurden angefügt. In allen Gebäuden wurde ein Vollwärmmedämmschutz aufgebracht. Die veralteten Elektroinstallationen wurden erneuert. Die Gebäude, die vorher noch zum größten Teil mit Kohle- und Gasöfen beheizt wurden, wurden allesamt an das Gießener Fernwärmenetz angeschlossen. In einem Teil der Gebäude konnten wir die Wohnungszuschnitte, die Gebädekubatur im Großen bestehen lassen. Aber in einem anderen Teil der Gebäude haben wir grundsätzlich eine absolute Entkernung vorgenommen, die Zuschnitte zeitgemäß dem demografischen Wandel angepasst, die Wohnungen barrierefrei saniert und eine entsprechend moderate Nachverdichtung vorgenommen, sodass wir in diesem Bereich jetzt auch über eine größere Zahl von seniorengerechten Wohnungen verfügen können.

Natürlich haben wir das erreicht, was auch eben in der Auswertung sehr deutlich geworden ist: eine klare Verbesserung der Sozialstruktur, eine Steigerung der Mieterzufriedenheit, eine bessere Vermietbarkeit der Wohnungen und eine deutliche Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in dem betreffenden Gebiet.

Ich darf ganz kurz noch etwas dazu sagen, wie die Organisation des Personaleinsatzes für die Sanierung vorgenommen wurde. Es wurde eine so genannte Kleine Steuerungsrunde, bestehend aus einem Mitarbeiter des Sozialdezernats, einem Mitarbeiter des Stadtplanungsdezernats – sodass wir hier auch den integralen Charakter dieses Programms beim Personaleinsatz deutlich machen konnten – und einem Mitarbeiter des Wohnungsunternehmens, eingesetzt. Das gesamte Management wurde an das Wohnungsunternehmen delegiert. Ferner gab es eine Große Steuerungsrunde, der die Dezernenten angehörten. Diese hatte lediglich die Beschlussfassung darüber vorzunehmen, was die Kleine Steuerungsrunde vorbereitet hatte.

Zum Mitteleinsatz: Insgesamt wurden Mittel von 34 Millionen € in diesem Sanierungsgebiet eingesetzt. Die Zuschüsse aus dem Programm „Soziale Stadt“ machten nur einen relativ kleinen Anteil, nämlich 6,2 %, aus, sie haben aber die wichtige Initiative zur Gesamtanierung ausgelöst. Immerhin 15,6 Millionen € hat die Gesellschaft an Eigenmitteln aufgebracht. Aus Modernisierungsdarlehen des Landes Hessen standen 5,3 Millionen € zur Verfügung. Aus KfW-Darlehen wurden 3,7 Millionen € finanziert. Komplementärfinanzierungsmittel der Stadt standen in Höhe von 1,7 Millionen € zur Verfügung. Somit können wir derzeit einen Abschluss von 27,49 Millionen € realisieren. Nach Abschluss der gesamten Sanierungsarbeiten werden hier 34 Millionen € sinnvoll eingesetzt.

Natürlich hat auch dies – lassen Sie mich das zum Abschluss betonen – den wohnungswirtschaftlichen Wettbewerb im Sanierungsgebiet erheblich gestärkt. Eine Reihe von privaten Wohnungsbesitzern haben sich lobenswerterweise an den Gesamtmaß-

nahmen beteiligen können. Auch eine Reihe von PPP-Modellen wurde dort erfolgreich umgesetzt. Somit können wir schon zum jetzigen Zeitpunkt der Evaluation von einem deutlichen Programmerfolg ausgehen.

Vorsitzender: Ich würde vorschlagen, dass wir jetzt eine Fragerunde der Damen und Herren Abgeordneten einlegen. Ich darf noch einmal alle Seiten an den Redezeitrahmen von ca. fünf Minuten erinnern.

Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel: Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal ganz herzlichen Dank für Ihre Ausführungen und für die umfangreichen Ausarbeitungen, die Sie uns mitgebracht haben.

Ich will mit drei kurzen Vorbemerkungen starten. Zunächst spreche ich, glaube ich, für alle Fraktionen hier im Hessischen Landtag, wenn ich sage, dass die Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit des Programms „Soziale Stadterneuerung“ von allen getragen wird. Das hat sich bisher auch in allen Beschlusslagen niedergeschlagen. Insofern laufen Sie, glaube ich, hier im Grundsatz offene Türen ein.

Ich will das mit der zweiten Vorbemerkung verbinden, dass vor allem das Ankerministerium, nämlich das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung, mit der zuständigen Abteilung in diesem Programm sicherlich einen ausgezeichneten Job in Hessen macht.

Das, was Sie hier sagen, bestätigt aber auch unsere Grundauffassung, dass die Koordinierung auf der Landesebene deutlich besser werden muss. Insofern bin ich froh, dass es zumindest gelungen ist, nach einem Diskussionsprozess von fast zwei Jahren endlich eine Einladung für die entsprechende Abstimmung eines Lenkungsausschusses auf der Landesebene hinzubekommen. Welchen Beitrag dabei andere Ministerien leisten, werden wir im politischen Raum noch zu diskutieren haben. Da würde ich das Lob in dieser Form nicht aussprechen können, weil die entsprechenden Ressourcen nicht zur Verfügung gestellt werden. Das haben Sie aus meiner Sicht, insbesondere auf der kommunalen Seite, durchgängig und präzise beschrieben.

Vorsitzender: Herr Schäfer-Gümbel, ich darf bitten, dass wir erst einmal Fragen an die Anzuhörenden stellen. Eine Bewertung kann man vielleicht zum Schluss abgeben.

Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel: Ich komme sofort zu den Fragen. Denn die Fragen leiten sich aus meinen Ausführungen ab.

Insgesamt habe ich vier Fragen. Die ersten Fragen richten sich an die kommunale Seite: Es ist eben von dem Aufbrechen der Verwaltungsstrukturen gesprochen worden. Insbesondere interessiert mich, wie Sie in Raunheim – Sie haben ja das Problem, dass Sie nicht eigenständiger Jugendhilfeträger sind, sondern kreisangehörig – das sehen. Sind Verwaltungsstrukturen wirklich aufgebrochen? Oder wo sehen Sie Möglichkeiten, Ihren Koordinierungsaufwand in einem hochkomplexen System zu verändern? Denn es ist ja auch in Evaluierungen deutlich geworden, dass dies ein Problem ist.

In diesem Kontext frage ich – diese Frage richte ich insbesondere an die Stadt Wetzlar –: Hat sich aus Ihrer Sicht die Tandemlösung aus Stadtplanung und Sozialplanung bewährt? Oder ist es nicht eher das Durchsetzen, standortverschieden, der einen Disziplin gegenüber der anderen? Ist das wirklich ein System auf gleicher Augenhöhe?

Die zweite Frage betrifft das Problem der Koordinierung. Auch dort richte ich zunächst eine Frage an die Stadt Raunheim: In Ihren Unterlagen habe ich leider nichts gesehen zur Frage der Bürgerbeteiligung. Wie ist das in Raunheim organisiert? In diesem Zusammenhang die Frage in Richtung der Stadt Wetzlar: Hat sich die formale Struktur der Bürgerbeteiligung bewährt?

Die dritte Frage richtet sich an die Wohnungswirtschaft. Die Vertreterin der Nassauischen Heimstätte hat eben von neuen Belegungsmodellen gesprochen. Das hört sich immer erst einmal gut an. Mich würde interessieren, ob es dazu auch konkrete Ideen gibt.

Die vierte Frage richtet sich wieder an die kommunale Seite: Wo sehen Sie Schwerpunkte für die Verstetigung nichtinvestiver Maßnahmen? Ist das das Feld Beschäftigung, ist das das Feld Integration, oder sind es andere Felder?

Abg. **Gottfried Milde (Griesheim)**: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Den Eingangsworten von Herrn Schäfer-Gümbel kann ich mich in vielen Punkten anschließen. In der Tat ist es so, dass mit diesem Programm große Erfolge erzielt werden – bundesweit, aber speziell auch durch das Handeln der Beteiligten.

Ich möchte auch den Dank anschließen für die Stellungnahmen, die eingegangen sind. Ich habe hierzu noch eine Nachfrage, weil letztlich in allen Stellungnahmen zum Ausdruck kommt: „Die Förderung mit investiven Maßnahmen ist prima, das hilft uns und auch den Strukturen in den Quartieren. Aber die nichtinvestiven Maßnahmen, die flankierend eine Zeit lang dazugekommen sind, fehlen uns jetzt richtig.“ Könnten Sie, vielleicht einmal am Beispiel Raunheim, weil Sie in Ihrer schriftlichen Stellungnahme dargestellt haben, dass Ihnen die Mittel fehlen – nicht jeder muss es jetzt einzeln darstellen –, darlegen, welche Maßnahmen Sie vor 2004 speziell aus den nichtinvestiven begleitenden Maßnahmen finanziert haben und welche konkreten Folgen es hatte, dass diese Mittel nicht mehr geflossen sind?

Dann ist die Frage: Wie hoch ist der Anteil an Fehlbelegungsabgabe, den Sie haben und den Sie möglicherweise in die Arbeit mit einbringen?

Dann habe ich eine Frage, die sich an alle richtet, die aber nur einer oder zwei zu beantworten brauchen. Die wirtschaftliche Stabilisierung der Wohnungsunternehmen war ja nicht das Hauptziel des Programms gewesen. Kann man bei der Bewertung des Programms sagen, dass – unabhängig davon, ob flankierende nichtinvestive Maßnahmen stattgefunden haben – das Ziel der Vermeidung sozial schwieriger Strukturen als Zwischenergebnis erreicht wurde? Oder kann man sagen: „Das ist noch ein weiter Weg, bis wir merken, dass in den Quartieren eine Verbesserung stattgefunden hat“?

Abg. **Margaretha Hölldobler-Heumüller**: Ich darf mich dem Dank von Herrn Schäfer-Gümbel anschließen. Ich denke, zu einer Bewertung kommen wir nach der Anhörung.

Ich möchte nur ganz kurz eine Frage stellen. Wir widmen zwar das Ganze erst einmal einem Rückblick. Nichtsdestotrotz gibt es ja momentan bedeutende gesellschaftliche Veränderungen, was den demografischen Wandel betrifft, was aber auch die Veränderung von wirtschaftlichen Situationen betrifft. Daher habe ich die Frage sowohl an die kommunale Seite als auch an die Wohnungswirtschaft – ich weiß, dass sich bei der Wohnungswirtschaft das Klientel in den letzten Jahren stark verändert hat –: Was würde das im weiteren Fortgang der Programme bedeuten? Sollte man so weitermachen, oder haben Sie da andere Ideen? Ich bitte Sie also um einen ganz vorsichtigen Ausblick, ob die Veränderungen, die momentan anstehen, in diesen Bereichen eine andere Vorgehensweise erfordern würden oder ob man das in dem Rahmen, wie es gelaufen ist, so fortführen kann.

Abg. **Dieter Posch**: Zur Einschätzung brauche ich nichts zu sagen. Da schließe ich mich dem an, was die Vorredner gesagt haben. Es ist ja auch erklärte Politik gewesen, genau dieses Programm zu realisieren.

Ich habe eine Frage an Herrn Breidsprecher: Sie haben, wenn ich es richtig sehe, in Ihrer schriftlichen Stellungnahme eine Ausweitung der Fördermöglichkeiten über den investiven Bereich hinaus angesprochen. Könnten Sie das bitte noch einmal präzisieren?

Bürgermeister **Breidsprecher**: Sie haben gefragt, Herr Schäfer-Gümbel – ich verkürze das jetzt etwas –, wie das Zusammenspiel auf der kommunalen Ebene, also bei uns in der Stadt zwischen dem Ressort Soziales und dem Ressort Bau, aussieht. Wenn Sie das bitte nicht als Herabsetzung nehmen: Koch und Kellner. Solange ich da bin, liegt die Federführung bei mir als Sozialdezernenten, aber auch in der Nachfolge wird sie dort wohl angesiedelt sein. Das Baudezernat mit all seinen Ressourcen und Fachleuten arbeitet immer dann zu, wenn es um Investitionen, Bauleitplanungen geht, die ja vor allem in großen Kasernengebieten erforderlich sind. Aber die Steuerung insgesamt lag und liegt ganz eindeutig bei mir als Sozialdezernent. Das hat nicht unbedingt etwas damit zu tun, dass ich einen Stern mehr als der Kollege habe. Wir verstehen das vielmehr vom Inhaltlichen her so.

Weiter haben Sie gefragt, ob sich die formalen Strukturen der Beteiligung bewährt hätten. Das sind bei uns keine formalen Strukturen mehr – das war die Ausgangsposition –, sondern das ist eine gelebte Struktur, vor allem von dem großen Kreis der daran Beteiligten und im besten basisdemokratischen Sinne, wirklich aus der Anwohnerschaft, aus dieser etwas schwierigen ethnischen Gemengelage heraus, zusammengesetzt im Beteiligungsrat des Stadtteilbeirats, der Stadtteilkonferenz, die vorgeschaltet ist, und wer sonst noch zu den Akteuren gehört.

Bürgermeister **Jühe**: Zunächst zu der Frage: Haben sich die Verwaltungsstrukturen aufbrechen lassen? Ja, aber es ist ein Kampf, und zwar sowohl bezogen auf die interne Struktur, das heißt die Verwaltungsstruktur, die in der Stadt selbst besteht, als auch was die Strukturen der Kooperationspartner anbetrifft. Letztlich ist es so, dass man in Verwaltungen den Projektgedanken einpflanzen muss. Meine persönliche Erfahrung ist, dass wir seit der Teilnahme an dem Programm „Soziale Stadt“ die Projektidee in die

Verwaltung insgesamt hineinbekommen haben – nicht nur bezogen auf die „Soziale Stadt“, sondern auch in anderen Bereichen. Das heißt, hier ist klar: Es ist eine Aufgabenstellung, die die Zusammenarbeit verschiedener Verwaltungseinheiten sowie auch der Kooperationspartner erforderlich macht. Das muss man gelegentlich erzwingen. Wir waren mutig genug, diesen Weg zu gehen.

Um Ihnen das deutlich zu machen: Wir haben – die Schulträgerschaft liegt ja nicht bei uns, sondern beim Kreis; die Personalzuweisung obliegt dem Land – gelegentlich einfach einmal zusammen mit der Schule Dinge für uns beschlossen und einfach umgesetzt, und dann musste sich der Kreis darüber wundern, dass plötzlich in der Schule etwas etabliert ist, von dem man vorher keine Ahnung hatte. Jetzt könnte man sagen, das ist nicht beispielhaft. Aber es hat dazu beigetragen, dass die Kooperationsbereitschaft deutlich gestiegen ist. Also hier muss man sagen: Kämpfen!

Die Steuerung liegt bei uns beim Stadtteilmanagement, nicht beim Dezernenten. Das Stadtteilmanagement ist eingewoben in die Beteiligungsstrukturen der Bürgerinnen und Bürger. Wir haben einen Förderverein, der sich aus der Siedlung heraus konstituiert hat. Über diesen Förderverein wird ganz maßgeblich der Prozess der Maßnahmen bestimmt. Hinzu kommt ein Stadtteilbeirat, um auch eine Koordination mit den städtischen Gremien zu haben. Das heißt, über dieses Tandem Förderverein, Stadtteilbeirat und Stadtteilmanagement, das dann quasi die Umsetzung betreibt, wird dieser Prozess gestaltet, und die Steuerung läuft über das Stadtteilmanagement. Ich bin da mittlerweile nur noch begleitend dabei. Das unterscheidet mich von meinem Kollegen aus Wetzlar.

Damit habe ich auch schon den Punkt angesprochen, wie es aussieht mit der Bürgerbeteiligung. Diese ergibt sich daraus, dass wir – das ist sehr ausgeprägt – eine hohe Mitgliedschaft im Förderverein haben und die Bürgerwünsche über den Stadtteilbeirat entsprechend repräsentiert sind.

Sie haben gefragt nach dem Schwerpunkt, den wir hinsichtlich einer Verstetigung erkennen könnten. Hier sage ich ganz deutlich: Der Schwerpunkt muss in der Verbesserung der Bildungsvoraussetzungen der Kinder und Jugendlichen in diesem Stadtteil liegen. Alles andere bin ich gerne bereit zu opfern. Ich sage Ihnen hier auch ganz deutlich: An allen Standorten des Programms „Soziale Stadt“ haben Sie das Problem, dass ältere Menschen, vor allem Erstbezieher, sagen, wie schlecht sich ihr Stadtteil entwickelt habe. Aber da werden Sie nur noch bedingt korrigierend eingreifen können. Wo Sie eine große Chance haben, tatsächlich Entwicklungen positiv zu steuern, ist bei den Kindern und Jugendlichen; denn da können Sie auch alle Bereiche, die daran angrenzen, wie berufliche Qualifizierung und Einkommenssituation in dem Stadtteil, beeinflussen. Da muss der Schwerpunkt liegen.

Frau Schmitz-Stadtfeld: Ich beantworte die Frage zu den Belegungsmodellen und die Frage von Herrn Milde, ob sich die Gebilde verändert haben.

Auf die Frage zu den Belegungsmodellen möchte ich zustimmen. Ich möchte auch die Empfehlung aussprechen, dass im Grunde genommen der Partizipationsansatz der Bürgerbeteiligung sogar auf die Eigentümerbeteiligung ausgeweitet werden müsste. Wir haben in einigen Gebieten wie etwa in einem Gebiet in der Stadt Offenbach, in dem 15.000 Menschen auf 70 Hektar leben, eine Fluktuation von jährlich 20 %. Das heißt,

die Einwohnerschaft dieses Gebiets schlägt sich, statistisch gesehen, in fünf Jahren einmal ganz um.

Daher haben wir – das halte ich auch für beispielhaft – seit fast drei Jahren einen Dialog mit allen Eigentümern, die in der östlichen Innenstadt von Offenbach leben. Wir laden sie alle zu einem Dialogforum, gegliedert nach Straßenzügen, ein. Das wird mindestens genauso intensiv betrieben wie die Bewohnerbeteiligung. Wir haben auch eine Handlungsempfehlung für die Eigentümer in Offenbach zur Vermietung ihrer Immobilien erarbeitet, um damit auch Einfluss auf die Bevölkerungsstruktur zu nehmen. Denn am Anfang der Entwicklung der Bevölkerungsstruktur steht natürlich zuerst einmal die Vermietung durch einen Eigentümer. In dieser Handlungsempfehlung empfehlen wir – dazu haben wir auch Formblätter erarbeitet –, sich über den sozialen Hintergrund des Mieters – Migrationshintergrund, Sprachkenntnisse usw.; passt dieser Mieter in das Haus und passt dieser Mieter in das Gebiet? – zu informieren.

Für einen anderen Standort, einen Standort in der Stadt Neu-Isenburg, haben wir zwischen vier Wohnungsbaugesellschaften und der Stadt Neu-Isenburg ein gemeinsames Belegungskonzept vereinbart. Wir werden dies gemeinsam erarbeiten und auch damit Einfluss auf die Struktur in diesem Gebiet nehmen.

Ein weiteres Beispiel ist die Stadt Dietzenbach. Die meisten von Ihnen wissen, dass wir dort eine Eigentümergemeinschaft mit 700 Eigentümern haben. Da findet natürlich auch ein enger Dialog mit den Eigentümern statt, der Einfluss auf die Vermietung und damit auf die Bewohnerzusammensetzung nehmen soll.

Also: Eigentümer sind wichtige Partner, und die Eigentümerpartizipation sollte gleichberechtigt mit der Bewohnerpartizipation stattfinden.

Zu Ihrer Frage, Herr Milde, ob sich die Gebiete verändert haben. Ich formuliere die Antwort einmal ein bisschen oberflächlich.

(Abg. Gottfried Milde (Griesheim): Einmal abgesehen von Dietzenbach!)

– Dietzenbach hat sich auch verändert. Dietzenbach hat sich sogar sehr verändert. Aber ich möchte darauf hinweisen, dass die Probleme in den Gebieten in einem Zeitraum von 20 bis 30 Jahren entstanden sind und diese nicht, wie manchmal die Bürger denken, in zwei Jahren gelöst sein können.

Ich möchte zur Beschreibung der Entwicklung das Bild der Rolltreppe gebrauchen; Sie kennen es vielleicht. In allen Gebieten des Programms „Soziale Stadt“ hatten wir eine sich abwärts bewegende Rolltreppe. Ich glaube, es wäre vermessen, zu sagen, dass diese Rolltreppe schon nach oben geht. Aber ich glaube, Ihre Frage ist seriös beantwortet, wenn ich sage: Nach fünf Jahren haben wir diese Rolltreppe angehalten, und an manchen Standorten geht diese Rolltreppe schon nach oben. Aber die Entstehungszeit dieser Probleme, die zum Teil über Jahrzehnte gewachsen sind, macht es, glaube ich, erforderlich, dass man ein Jahrzehnt braucht, um wieder nach oben zu steigen.

Bürgermeister **Jühe**: Herr Milde hatte ganz konkret gefragt, welche Maßnahmen damals noch unter die nichtinvestive Förderung in Raunheim fielen. Das waren zum einen die Aufwendungen für die Schulsozialarbeit und zum anderen die Aufwendungen für ein

Projekt, das wir „Frauentreff Ringstraßensiedlung“ nennen, bei dem es insbesondere darum geht, die so genannten „nachgereisten Bräute“ mit den gesellschaftlichen, kulturellen und sonstigen Voraussetzungen ihres neuen Wohnumfelds vertraut zu machen – übrigens ein sehr wichtiges Projekt; das muss man wirklich deutlich sagen. Die Höhe der Mittel kann ich Ihnen zumindest bezogen auf die Schulsozialarbeit nennen: Das waren damals 25.000 € pro Jahr.

Dann hatten Sie gefragt, wie es mit den Mitteln aus der Fehlbelegungsabgabe aussieht. Da weiß ich jetzt nicht, ob Raunheim ein typischer Standort der „Sozialen Stadt“ in dieser Hinsicht ist. Die Wohnungen sind in den frühen Sechzigerjahren gebaut worden und mittlerweile nahezu alle aus der öffentlichen Förderung herausgefallen, sodass sich keine Mittel mehr über die Fehlbelegungsabgabe generieren lassen.

Die entscheidende Frage – das darf ich jetzt einmal so werten – ist die Frage, welche Verbesserungen mittlerweile erreicht werden konnten. Raunheim nimmt seit fünf Jahren an dem Programm „Soziale Stadt“ teil. Da will ich Ihnen ganz deutlich sagen: Ja, es gibt ein nicht nur subjektiv wahrnehmbares Vorankommen in dem betreffenden Stadtteil, sondern es lässt sich auch objektivieren, unter anderem durch Zahlen.

Ich will Ihnen ein Beispiel nennen: Wir haben in der Stadt ein LOS-Projekt etabliert, bei dem Jugendlichen vor ihrem Schulende, wenn droht, dass sie keinen Abschluss erreichen, quasi eine Individualbetreuung zugeordnet wird. Das hat dazu beigetragen, dass die Quote der Schulabgänger ohne Schulabschluss, die vor Beginn des Programms „Soziale Stadt“ 26% betrug, auf 5,8 % gesunken ist. Das ist ein Beispiel. Ich könnte das beliebig fortführen. Auch die Quote der Menschen, die Transferleistungen beziehen, haben wir deutlich drücken können. Auch was die Arbeitslosenquote anbetrifft, haben wir Verbesserungen erreichen können.

Wenn man das Bild des betreffenden Stadtteils sieht – ich habe für heute keine Präsentation vorgesehen, weil ich davon ausgegangen bin, dass es sich um eine Befragungssituation handelt; aber ich liefere Ihnen das gerne nach –, stellt man fest, dass dieser Stadtteil heute ein deutlich anderes Antlitz hat als vor fünf Jahren. Da kommt auch das zum Tragen, was Frau Schmitz-Stadtfeld gesagt hat: Wenn die Wohnungswirtschaft ihren Profit entsprechend erkennen kann, dann fängt sie auch an, wieder in einen solchen Stadtteil zu investieren, wenn es aufwärtsgehen kann, sodass die Kooperation zwischen der Wohnungswirtschaft und dem Engagement von Stadt, Land und Bund klar zu erkennen ist. Das heißt: Dieser Stadtteil sieht heute anders aus.

Verstetigung bedeutet auf jeden Fall – ich habe es vorhin gesagt –: Wir dürfen da nicht nachlassen. Das bleibt ein ganz labiles System. Wir sind weiterhin auf diese Mittel angewiesen, gerade auch im nichtinvestiven Bereich.

Bürgermeister **Breidsprecher**: Im Grunde genommen sind die Fragen von Herrn Milde und Herrn Posch partiell, denke ich, verwandt. Herr Posch, Sie haben konkret nach der Notwendigkeit einer Verstärkung der investiven/nichtinvestiven Mittel gefragt. Die Verstärkung der investiven Mittel ist aus Sicht der Stadt Wetzlar bisher nicht erforderlich. Wir sind gut bedient worden. Man muss ja immer sehen, dass immerhin ein Drittel der Mittel seitens der Kommune – in dem Fall also aus dem Wetzlarer Haushalt – zu kompensieren ist. Das ist bei der insgesamt nicht gerade rosigen Finanzlage der Stadt na-

türlich eine Hürde. Wir sind nicht Bad Homburg. Insofern kann ich sagen: Wenn die investive Förderung so bleibt, kann ich mich darüber überhaupt nicht beschweren.

Eine verstärkte Förderung der nichtinvestiven Mittel oder – sagen wir es einmal so, damit das einfacher ist – der nichtinvestiven Programme usw. seitens des Landes würde ich begrüßen. Man muss sehen, dass wir zum einen sehr viel aus unserem eigenen Haushalt mühselig geleistet haben und leisten und uns zum anderen natürlich das Bundesprogramm LOS wesentlich geholfen hat. Da gemäß der Ankündigung das Fördervolumen dieses Programms, aufs Jahr bezogen – zumindest im Zeitraum Juli 2006 bis Juli 2007 –, von 100.000 € auf 80.000 € reduziert wird, fehlen uns allein schon dort 20.000 €

Noch einmal: Eine Verstärkung der nichtinvestiven Maßnahmen, um die zwingend notwendigen Begleitprogramme zu fahren, ist aus meiner Sicht zu begrüßen. Denn man muss letzten Endes sehen: So wichtig es ist, für die Infrastruktur etwas zu tun – es nützt nichts, wenn nicht parallel dazu auch die Situation dieser schwierigen „Kundschaft“ insgesamt nachhaltig verbessert werden kann. Das können wir nur durch eine Verstärkung im nichtinvestiven Bereich.

Abg. **Margaretha Hölldobler-Heumüller:** Ich wollte noch einmal nachhaken. Frau Schmitz-Stadtfeld, Sie haben – um Ihr Bild aufzugreifen – gesagt, die Rolltreppe ging abwärts und Sie haben es geschafft, sie anzuhalten. Meine Frage lautet: Können wir nach Ihrer Einschätzung angesichts der aktuellen Entwicklung, was Demografie, was Arbeitslosigkeit, was das Auseinanderdriften von Arm und Reich betrifft, das Programm so weiterfahren, wie es bisher gelaufen ist?

Sie haben auch die Umwälzung einer gesamten Einwohnerschaft innerhalb von fünf Jahren angesprochen. Von daher bitte ich Sie, die Frage zu beantworten, ob andere Maßnahmen notwendig sind, ob etwas verändert werden muss, ob zum Beispiel die Mittel im nichtinvestiven Bereich deutlich verstärkt werden müssen, damit die Politik nicht hinterherhinkt und damit man solchen Entwicklungen entgegenwirken kann.

Herr Jühe hat die Konzentration auf den Bildungs- und Jugendbereich angesprochen. Da bitte ich noch um kleine Hinweise von Ihrer Seite, an welchen Stellen man Ihrer Ansicht nach besondere Schwerpunkte setzen müsste, um die Entwicklung, die sich ja in den letzten fünf Jahren seit Beginn der Projekte verändert hat, einzubeziehen.

Frau **Schmitz-Stadtfeld:** Ich weiß nicht, ob ich die Frage ganz richtig verstanden habe. Zunächst einmal ist ja der demografische Wandel nicht die originäre Problemstellung des Programms „Soziale Stadt“. Ich glaube, das darf man jetzt nicht auch noch auf dieses Programm „drauffrachten“. Denn dafür gibt es ja auch das wunderbare Programm „Stadtumbau in Hessen“, das mittlerweile auch von vielen hessischen Kommunen genutzt wird. Insofern ist der demografische Wandel kein so großes Thema.

Was die Handhabung der Problemlagen angeht, ist natürlich ein klarer Auftrag des Programms „Soziale Stadt“, die Strukturen zu befähigen und selbsttragende Strukturen zu hinterlassen. Im Grunde genommen müssen wir uneitel uns alle selbst wegrationalisieren und Standorte hinterlassen, die in einem Zeitraum von zehn Jahren ohne uns funktionieren. Ich glaube, dass vor allem durch das, was wir in den Verwaltungen geleistet

haben – wir haben zum Teil auch die Verwaltungen moderiert, dass diese sich reformiert haben, dass durch Lenkungsgruppen das Ressortdenken aufgebrochen wurde –, eine ganz andere Synergie in der Problembearbeitung stattfindet, dass wirklich eine mehrdimensionale Herangehensweise an Problemlagen stattfindet, dass die Eigentümer über Belegungsmodelle miteinbezogen werden, dass man tatsächlich mit diesen selbsttragenden Strukturen und den durch das Programm befähigten Strukturen – ich sage ja: ich glaube sogar, dass die Inhalte nachrangig sind – die bevorstehenden Probleme lösen kann.

Vorsitzender: Ich rufe den Komplex „Wohlfahrtspflege“ auf. Hierzu hören wir die Vorträge von Herrn Dr. Gern vom Diakonischen Werk Hessen-Nassau und von Herrn Heinz von der Caritas Frankfurt.

Herr **Dr. Gern:** Guten Tag, liebe Damen und Herren! Ich grüße Sie.

Ich kann anschließen an das, was eben gesagt worden ist. Es geht ja um den Zusammenhang von Demokratie, Förderung der Selbstachtung, sozialer Fürsorge und städtebaulicher Infrastruktur. Diesen Konnex müssen wir erhalten. Die Träger der freien Wohlfahrtspflege verstehen sich vor diesem Hintergrund als zentrale Partner, die versuchen, bei der sozialen Stadterneuerung mitzuwirken. Wir versuchen auch, bei der „Sozialen Stadt“ und der Gemeinwesenentwicklung soziale Partner zu sein.

Es gibt nicht erst seit Gustav Heinemann die Erkenntnis: Wer die Ränder wegbrechen lässt, verliert auf Dauer auch die Mitte. Ich sehe das, was bisher gesagt worden ist, auch als einen Beitrag, dass wir nicht nur über Steine reden – darüber muss auch geredet werden –, sondern auch über die Menschen und die Gemeinschaftsprojekte, die wir an den Orten haben.

Nach unserer Überzeugung hat sich – das ist mein zweiter Punkt – das Programm „Soziale Stadt“ als Konzept, Strategie und Förderprogramm in Prävention und Intervention bewährt. Ich denke, jetzt wird man darauf achten müssen, dass die Auswahl der neuen Standorte auf der Grundlage transparenter städtebaulicher und sozialer Indikatoren sorgfältig vorgenommen wird. Ich denke, was für andere Felder der Sozialpolitik stimmig ist, muss hier auch stimmen. Eine Heterogenität der Fachstandards ist schwierig. Insofern fordern wir eine bessere Abstimmung unter allen Beteiligten; das ist schon mehrfach gesagt worden. Das muss auf der kommunalen und der regionalen Ebene so sein und vor allem – das ist auch gesagt worden – auf Landesebene. Da gibt es bestimmte Ministerien, bei denen nach unserer Ansicht noch mehr geschehen kann. Es steht mir nicht an, jetzt dem anwesenden Staatssekretär zu sagen: Darüber müssen wir wohl auch noch einmal im Einzelnen reden, nachdem wir vor drei Jahren auch büßen mussten. Jetzt müssen wir einfach an dem Punkt nachrüsten.

Drittens: Die Kooperationsstrukturen haben sich an den HEGISS-Standorten verbessert. Der Tandemansatz als solcher hat sich unserer Meinung nach bewährt. Ich glaube, jetzt muss man einfach sehen, dass man den kulturellen Sektor nachzieht. Es gibt große Hemmnisse bei der lokalen Wirtschaft und auch, denke ich, bei der Arbeitsverwaltung und den Bildungsträgern.

Zwei positive Beispiele möchte ich nennen: Das ist die Richtsbergschule in Marburg und die Schulkooperation in Darmstadt-Kranichstein – zwei hervorragende Beispiele, die man in diesem Kreis einfach auch einmal benennen und loben sollte. Hier geht es. Diese Beispiele zeigen für die Zukunft, wie es gehen kann.

Viertens: Die Akteure im Sozial- und Jugendbereich kommunizieren nicht bzw. nicht immer auf Augenhöhe. Hier hat man, denke ich, durch das Programm LOS und das, was von Europa her an Förderung, auch dieses Bundesprogramms, geschieht, schon einen Schritt nach vorne gemacht. Ich glaube, wir müssen einfach in den Gesprächen, die wir miteinander führen, darauf achten, dass wir im Sozialbereich, im Jugendbereich und im Kulturbereich zu besseren Absprachen kommen. Da ist noch nicht alles ausgeschöpft.

Fünftens: Die Aktivierung und Bündelung der Ressourcen auf Landesebene, auf Kommunalebene und auf Quartierebene ist sehr unterschiedlich. Die Operation „Sichere Zukunft“ – das ist ja nun kein Geheimnis in diesem Raum; „Düstere Zukunft“, sagen andere; man hört beides – hat uns an diesem Ende nicht geholfen.

Sechstens: Die Aktivierung der Bewohnerinnen und Bewohner an den HEGISS-Standorten ist für unsere Begriffe gelungen. Die Bewohnerinnen und Bewohner sind in viele Projekte einbezogen. Wir tragen auch durch unsere Initiativen – durch ein Stadtteilbüro, durch die Foren für Bürgermitwirkung und natürlich durch Mittelweitergabe für eigene Projekte – dazu bei. Aber auch hier muss unserer Meinung nach noch mehr geschehen.

Siebtens: Wir begrüßen die Erweiterung des Bund-Länder-Programms. Der Ansatz ist, nicht nur in Steine zu investieren, sondern in Menschen. Das heißt, wir brauchen die Aufnahme neuer Standorte, wir brauchen die Entwicklung von Modellprojekten, und wir müssen besser als bisher die lokalen Akteure wirklich identifizieren. Ich denke, die Franzosen haben uns vorgemacht, wie es nicht geht. Dieses Programm ist ein Ansatzpunkt, der zeigt, dass wir gut sind, aber noch besser werden müssen.

Achtens: Wir begrüßen sehr, dass die Lenkungsgruppe eingerichtet worden ist, und wollen daran mitwirken. Wir wollen uns selbst auch bei uns im Diakonischen Werk und bei den Geschwisterverbänden Caritas und Parität mit unseren Fachdiensten in der Gemeinwesenarbeit beteiligen. Wir wollen die Kirchengemeinden gewinnen, vor Ort noch stärker vernetzt zu sein, als sie es bisher sind, und natürlich in unserer sozialpolitischen Anwaltschaft nicht nachlassen.

Ich empfehle noch einmal, zu unserem Thema die große Grundgesetzrede von Gustav Heinemann aus dem Jahre 1974 nachzulesen. Die sagt fast alles zu diesem Thema. Demokratie, soziale Fürsorge und Infrastruktur gehören zusammen.

Herr **Heinz**: Guten Tag, meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich die Grüße unseres Caritas-Direktors, Hartmut Fritz, den Sie heute hier erwartet haben, überbringen. Er ist im Urlaub – für ihn erfreulicherweise, für Sie leider; denn er ist eigentlich unser kompetenter Fachmann auch in diesem Bereich.

Unsere schriftlichen Ausführungen haben wir Ihnen zugeleitet. Damit will ich Sie nicht langweilen. Ich will versuchen, die Ausführungen von Herrn Dr. Gern „fortzuspinnen“

und auf ein paar Aspekte einzugehen, die hier auch schon in der Fragerunde aufgetaucht sind.

Ich habe hier einen Artikel aus der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ – ich halte ihn einmal hoch –, der aus meiner Sicht sehr gut die Situation in den Quartieren ins Blickfeld rückt. Von dem Autor dieses Artikels werden einzelne Stimmen von Bewohnern einer solchen Siedlung wahrgenommen und aufgegriffen. Der Artikel beginnt, wie ein Artikel über solche Quartiere eigentlich immer beginnt, mit den ewigen Zweiflern und denen, die sich mit dem Frust und dem Leid in ihrer Biografie eingerichtet haben. Die Botschaft ist: Es war schlecht, es ist schlecht, und es bleibt schlecht. Aber das Besondere an diesem Artikel ist, dass in der zweiten Hälfte vermehrt Bewohner zu Wort kommen, die sagen: „Hier sehe ich etwas. Hier verändert sich etwas. Hier entsteht Kommunikation. Meine Nachbarn grüßen mich. Ich muss einfach sagen, wir sind hier auf einem guten Weg, und ich fange an, mich hier wieder wohlfühlen.“

Das Ergebnis, auch im Blick auf die Erfolge der „Sozialen Stadt“, ist aus unserer Sicht: Wir haben hier zunehmend Bewohner mit dieser Philosophie infiziert. Sie sind für uns sozusagen die Multiplikatoren vor Ort, die das in ihre Zielgruppen weitertragen und verstärken. Wir arbeiten – wenn man dieses Stimmungsbild der positiven Infizierung fortführt – insbesondere verstärkt daran, dass die Menschen, die sich in ihrem Frust eingerichtet haben, durch die Beteiligung, durch das Mitgestalten, durch die Teilnahme, durch die Kontakte Zug um Zug ihre Abwehrhaltung verlieren.

Positiv sieht das auch – ich will das als weiteres Beispiel anführen; das hat mich sehr gefreut – die NH in ihrer Mieterzeitung. Dort ist auch der Standort Unterliederbach angesprochen. Bemerkenswert ist insbesondere der Satz: „Die Soziale Stadt reißt unsere Mieter mit.“ Ich bin echt beeindruckt. Ich kann das aus unserer Sicht auch deutlich unterstreichen.

Wir wollen aber auch dazusagen: Es ist ja nicht so, dass die Bewohner hier nur aktiviert sind. Vielmehr überträgt sich diese Aktivierung auch in ein hohes Maß an Engagement vor Ort und in eine Mitarbeit und Mitgestaltung, die wirklich in vielen Fällen Hochachtung verdient. Ich will einmal drei Beispiele dazu nennen:

Wir haben in Unterliederbach einen Nachbarschaftsverein gegründet, der mittlerweile 50 zahlende Mitglieder zählt. Er setzt sich zur Aufgabe, die Nachbarschaft, die Kontaktschiene, die Kommunikation und die Bildungsarbeit vor Ort umzusetzen. Da werden Räume angemietet und betrieben, da entstehen Kosten. Dazu komme ich gleich noch einmal.

Wir haben zusammen mit der örtlichen Kirchengemeinde ein Hilfenetz für nachbarschaftliche Dienstleistungen aufgebaut. Auch dazu will ich gleich noch etwas sagen. Mittlerweile arbeiten dort 80 Helfer, Dienstleisterinnen und Dienstleister direkt aus dem Quartier, die entlohnt werden, die berufsgenossenschaftlich versichert sind und, und, und.

Um das Engagement der Leute vor Ort hervorzuheben, erwähne ich noch, dass wir auch zusammen mit der örtlichen Kirchengemeinde – Sie sehen schon, meine Herkunft Caritas-Verband schlägt sich nieder – das Projekt „Allgemeine Lebensberatung“ aufgebaut haben. Dort wurden Ehrenamtliche von unseren Fachkräften geschult, die jetzt

regelhaft einmal die Woche ein Angebot allgemeiner und sozialer Lebensberatung machen – mit hohen Erfolgen innerhalb der Siedlung.

Ich will auch zu der Diskussion über nichtinvestive Projekte und Mittel etwas sagen. Wir müssen ganz klar sagen: Dieses Engagement ist nicht zum Nulltarif zu haben. Nicht dass die Leute selbst immer gleich ihre Stundenlöhne haben wollen. Aber wir brauchen natürlich, um ein solches Hilfenetz auf Dauer zu finanzieren, ein Vermittlungsbüro, in dem Anfragen koordiniert werden können, mit dem auch ein Umschlag von Hilfen möglich wird, mit dem auch eine Steuerung dessen gelingen kann, was über die Teilentlohnungen der Leute passiert. Dazu brauchen wir ein Büro, da entstehen Sachkosten, und dazu brauchen wir auch Geld. Oder wenn der Nachbarschaftsverein Räume unterhalten muss, kann man die dafür notwendigen Mittel nicht den Leuten vor Ort aus der Tasche ziehen, und man kann sie auch nicht haftbar machen, wenn die Vereinskasse nicht mehr stimmt und die notwendigen Beiträge nicht mehr eingehen.

Wir sind zwar sehr froh, dass es jetzt eine Aufstockung des Programms „Soziale Stadt“ gerade im nichtinvestiven Bereich geben soll – für Hessen beläuft es sich, glaube ich, auf 5,844 Millionen € –, aber ich bin ein bisschen in Sorge, dass der Tenor dieses Programms wieder darauf hinausläuft, neue Modelle zu entwickeln. Was wir brauchen – das will ich hier an dieser Stelle klipp und klar sagen –, ist eine Finanzierung, und zwar vor allem eine verstetigte Finanzierung – nicht nur für ein Jahr –, von bewährten Modellprojekten. Es kann nicht sein – ich sage Ihnen ganz ehrlich: die Bewohner vor Ort, aber auch die Mitarbeiter greifen sich an den Kopf –, dass wir diese Menschen ständig zu einer Modellmasse machen. Wir sind ja wie ein Riesendynamo ständig dabei, neue kreative Projekte zu entwickeln, nur um auch Geld zu bekommen, um etwas aufs Gleis zu stellen. Wir brauchen Geld für bewährte Projekte, zum Beispiel für solche tragenden Strukturen vor Ort wie Nachbarschaftsverein, Hilfenetz und Lebensberatung.

In der Kooperation – das wollen wir von unserer Seite, aus Frankfurter Sicht sagen – haben wir, glaube ich, mit den Schlüsselpartnern, um die es hier geht, sehr gute Wege beschritten. Mit „Schlüsselpartner“ meine ich insbesondere Schulen, Vereine, soziale Einrichtungen, aber auch unser eigenes Feld, die Wohlfahrtsverbände und die Wohnungswirtschaft. Ich glaube auch, dass insbesondere die Beteiligung und auch die verstärkte Kooperation mit diesen Partnern dazu beiträgt, dass vor Ort so etwas wie Lokalolorit entsteht und damit insbesondere die Identität im Quartier gefördert wird.

Ich will dazusagen, dass all diese Partner in aller Regel vor Ort durch eigene Angebote oder Einrichtungen präsent sind. Wenn wir als Caritas zum Beispiel Träger im Quartiersmanagement sind, dann sind wir gleichzeitig auch noch Träger von Einrichtungen vor Ort und sind natürlich in einer ganz anderen Verpflichtung, auf Erfolgsebene zu arbeiten. Denn wenn wir im Quartiersmanagement nicht erfolgreich sind, dann haben nachher unsere Einrichtungen vor Ort, unsere KITAS ein Problem, dann kommen die Menschen zu uns und sagen: „Ihr, die Caritas, habt uns hier im Stich gelassen.“ Ich will andersherum positiv formulieren: Die Einbeziehung der Wohlfahrtsverbände, die auch Träger von Einrichtungen vor Ort in diesem Quartier sind, trägt in hohem Maße zur Gewährleistung von Nachhaltigkeit bei. Denn wir dürfen nicht scheitern. Wenn wir scheitern, scheitern auch unsere anderen Einrichtungen.

An dieser Stelle möchte ich insbesondere auch noch einmal die Kirchengemeinden hervorheben, schon allein aufgrund der Beispiele, die wir mit der Kirchengemeinde als Partner umgesetzt haben. Wenn ich die Situation in den Quartieren insgesamt sehe – –

Vorsitzender: Herr Heinz, ich darf bitten, die Redezeitvorgabe ein bisschen zu beachten. Ansonsten kommen wir sehr in Verdrückung. Die Kolleginnen und Kollegen möchten noch die Chance haben, das eine oder andere zu fragen.

Herr **Heinz:** Gut. – Die Kirchengemeinden habe ich erwähnt.

Ich will noch eines sagen: In den Siedlungen erleben wir im Moment aufgrund der Gesamtlage, insbesondere wegen des Nahost-Krieges usw., erste Tendenzen, dass sich insbesondere muslimische Familien wieder aus einer entstandenen Nachbarschaft zurückziehen. Ich finde, da müssen wir besonders hingucken. Wir müssen hier auch genauer darauf schauen, dass vorhandene Nachbarschaftssysteme vor Ort wie etwa Gemeinden, die zu den Menschen vor Ort Zugang haben, aber auch andere Einrichtungen entsprechend ausgestattet werden, dass sie auch aufsuchende Arbeit, soziale Gruppenarbeit machen können und da frühzeitig entgegenwirken können.

Eine große Baustelle ist aus meiner Sicht die Beschäftigungsförderung. Da haben wir zwar einige Impulse erreicht. Aber insgesamt gibt es keine substanzielle Entwicklung in der Förderung von Arbeitslosen und deren Hinführung in den ersten Arbeitsmarkt. Hier, sind wir der Meinung, müssten wir noch ganz andere Überlegungen anstellen, insbesondere die Überlegung, wie auch investive Mittel stärker in den Bereich der Beschäftigungsförderung überführt werden können. Ein Weg wäre zum Beispiel die Veränderung von Vergaberichtlinien bei Ausschreibungen dergestalt, dass diejenigen Partner bevorzugt eine Vergabe erhalten, die auch beschäftigungswirksame Maßnahmen umsetzen.

Ich schließe an dieser Stelle, wenn ich mein Zeitbudget schon so strapaziert habe.

Vorsitzender: Ich rufe den Komplex „Konzept/Evaluierung“ auf. Hier erhält zunächst der Vertreter der Servicestelle HEGISS das Wort.

Herr **Dr. Lüken-Isberner:** Meine Damen und Herren! Die Reihenfolge im Ablaufplan wurde wohl etwas geändert. Der Komplex „Konzept/Evaluierung“ wird jetzt „rückwärts aufgerollt“.

Vorsitzender: Mir wurde signalisiert, dass das Ihr Wunsch war. Deswegen habe ich Sie zuerst aufgerufen.

Herr **Dr. Lüken-Isberner:** Ja, das ist, glaube ich, auch richtig. Die Wortmeldungen der drei Sprecher zu diesem Komplex passen ja zusammen.

Das HMWVL hat ja die Servicestelle HEGISS zur Begleitung der Programmdurchführung ins Leben gerufen. Wir sind also sozusagen ein Teil des Akteurnetzwerks in Hessen. Man soll ruhig noch einmal sagen: Im Vergleich mit den anderen Bundesländern erkennt man, dass das überhaupt nicht selbstverständlich ist. In den Verwaltungsrichtlinien, die der Bund mit den Ländern jedes Jahr erstellt, gibt es ja diesen kleinen Ver-

merk, dass die Länder für die Schaffung solcher Einrichtungen sorgen sollen, damit die Programmumsetzung so optimal wie möglich geschieht. Hessen gehört zu den wenigen Ländern, die eine solche Stelle eingerichtet haben und dies seit sechs Jahren praktizieren. Das ist nicht selbstverständlich. Ich denke, wir haben da eine Qualität; wir wollen sie jetzt nicht selber als Servicestelle erwähnen, aber das kann man sicherlich, indirekt zumindest, den Berichten von den Standorten und den Akteuren entnehmen. Wir sind für die 32 Standorte zuständig, die das Programm gegenwärtig umfasst.

Unstrittig ist – das als Fußnote, weil vorhin schon die Bemerkung kam hinsichtlich der Bedeutung dieses Programms, zumindest was den investiven Teil, also das Leitprogramm betrifft –, dass hier die Wirtschaftsförderung bewegt wird und der Anstoßfaktor ähnlich wie bei der klassischen Stadterneuerung – also 1 : 5, 1 : 6; die Untersuchungsergebnisse sind da etwas verschieden – zu veranschlagen ist. Daher ist auch das Programm über die Parteigrenzen hinweg, glaube ich, kein strittiges Thema.

Wir, die Servicestelle HEGISS, sind eine programmspezifische Agentur zwischen Landes- und kommunaler Ebene. Wir sind zwar vom Land beauftragt, aber mit unseren Tätigkeiten für beide Seiten zuständig. Ich will die Rolle der Servicestelle hier nicht weiter durchdeklinieren. Wir haben den Unterlagen auch einen Beitrag beigefügt, in dem etwas genauer drinsteht, was wir tun, wozu wir da sind.

Es wird auch immer nach dem Erfolg der Einrichtung gefragt. Die erste Zwischenbilanz haben wir nach fünf Jahren, im Jahre 2004 aufgestellt. Wir haben hierzu ein aufwendiges Verfahren gewählt. Alle Standorte sind gebeten worden, nach Vorgaben eine Selbstbewertung durchzuführen. Alle unsere Handlungsfelder sind abgefragt worden, und eine möglichst ehrliche Selbstbewertung ist erbeten worden. Das Ergebnis kann man nachschlagen und auf unserer Website nachsehen. Das Verfahren wird nach einem bestimmten Abstand wiederholt. Es regt die Standorte auch an, dezentral ihre Selbstbewertung ähnlich zu machen. Es war eine vergleichende Untersuchung. Alle Standorte sind in den Diskurs gebracht worden. Auf mehreren Veranstaltungen haben sie untereinander ihren Stand und die Fragen und offenen Punkte vorgetragen.

Ein Punkt, der hier nur angesprochen werden soll: Hessen ist ein Flächenland. In den Gebieten gibt es eine sehr unterschiedliche Typik. Das will ich hier nicht vertiefen. Das können Sie nachlesen. Wir haben nicht nur den Großstadttyp – Innenstadt oder Stadtrandlage –, wir haben auch den ländlichen Raum. Etwa die Hälfte der Standorte sind im ländlichen Raum verortet – mit ganz anderen und zum Teil sehr spezifischen Problemlagen, die in die Grobkategorisierung nicht hineinpassen.

Zum Thema Ressourcenbündelung. Diese Bündelung findet grundsätzlich auf verschiedenen Ebenen statt – man kann sagen, als fiskalische Bündelung, als programmorientierte Bündelung, als personenorientierte Bündelung oder als institutionalisierte Bündelung.

Die bisherigen Erfolge bei der programmorientierten Ressourcenbündelung auf Landesebene schätzen wir so ein – da sind wir wahrscheinlich auch alle ähnlicher Meinung –, dass die Situation seit dem Wegfall der HEGISS-Mittel aus dem HSM Ende 2003 nicht ganz befriedigend ist. Das LOS-Programm wird das nicht vollständig kompensieren. Diesem Programm liegt eine etwas andere Philosophie – geringere Mittelausstattung, kurze Laufzeit usw. – zugrunde. Hier wird hoffentlich die neue ESF-Förderperiode, die ab 2007 zum Tragen kommt und jetzt diskutiert wird, in gewissem

Sinne eine Kompensation bringen können. Wir als Servicestelle schlagen das jedenfalls vor.

Ferner sollte man die Verweise von einem Programm auf das andere ausreizen. Wenn also beispielsweise in einem HSM-Programm bestimmte Stadtteile angesprochen werden, sollte man auch sagen: In HEGISS-Standorten insbesondere fördern. Solche Vorgehensweisen gibt es in mehreren Bundesländern. Querverweise, Hinweise auf andere Ressortzuständigkeiten sind auch eine Form der Bündelung, ohne neue Programme aufzulegen.

Bei der personen- und institutionenorientierten Bündelung haben wir auf der kommunalen Ebene – wir haben schon Berichte aus den Standorten bekommen – einige Erfolge erzielt, indem das Verwaltungshandeln ganz neue, projektorientierte Formen eingezo-gen hat. Hier gibt es also keine Ressortzuständigkeit, keine Ämterzuständigkeit, sondern die Ämter arbeiten projektorientiert zusammen. Damit wird der Modellanspruch des Landes auch in Richtung Verwaltungshandeln ein Stück weit realisiert.

Natürlich gibt es auch neue Kooperationsformen zwischen der Kommunalverwaltung selber und den Akteuren im Stadtteil oder den Akteuren für den Stadtteil. Ich denke, auch hier haben sich – ohne dass das schon groß erwähnt wurde – neue Effektivitäten ergeben. Hier dürfen wir auch nachhaltige Effekte erwarten, sofern eine Grundfinanzierung für die Bündelung solcher Ressourcen gesichert wird. Es könnte zum Beispiel ein eingerichtetes Quartiersmanagement über die Laufzeit des Programms „Soziale Stadt“ hinaus gefördert werden, sodass weiterhin ein Bündelungsknoten in Form von Personen existiert.

Das Thema „Bündelung und Vernetzung“ ist auch in den anderen Bundesländern in der Diskussion. Die ARGEBAU diskutiert zurzeit darüber in einer besonderen Projektgruppe. Lassen Sie mich nebenbei erwähnen, dass wir als Hessen Agentur – das ist meine Firma – gerade ein Gutachten für den Bund erstellt haben, in dem die Bündelungsfrage mit guten Praxisbeispielen thematisiert ist; auch Hessen ist darin natürlich vertreten.

Wir, die Servicestelle, fungieren als Ort, an dem Fachwissen gebündelt und in die Standorte hinein diversifiziert wird. Dazu ist ein kontinuierlicher multilateraler Erfahrungsaustausch über die verschiedenen Medien und Instrumente, also Öffentlichkeitsarbeit, Fachberatung, Projektgruppenarbeit, Arbeitshilfen, Begleitforschung – dazu wird gleich etwas gesagt werden – notwendig.

Zur ressortübergreifenden Zusammenarbeit: Zu unterscheiden sind die Landesebene – dazu ist viel gesagt worden – und die kommunale Ebene – dazu wurde auch sehr viel gesagt. Wir haben auf jeden Fall den Aufbruch der tradierten Ämterstruktur über das Programm mit angestoßen.

Ein Punkt wurde heute auch schon kurz in einer Frage angesprochen. Es ist die Frage, wie die kreisangehörigen Kommunen die Kooperation mit den Kreisverwaltungen aktiviert haben oder besonders kultivieren. Wir haben ja in vielen Fällen mit den Kreisverwaltungen zu tun. Ich würde sagen, auch hier haben wir nach Anlaufschwierigkeiten, auch unter Einbeziehung der zuständigen Interessenvertretungen des Landkreistags, einige Erfolge erreicht. Es passiert immer öfter, dass Landkreise in ihrer Zuständigkeit, etwa im Bereich Jugendhilfe oder Schule, mehrere Kommunen zusammenziehen und

auch Projekte entwickeln und bewegen. Also auch hier ist ein gewisser Erfolg zu erzielen, der allerdings noch weitergetrieben werden kann.

Ein Defizit sehe ich, was die Kooperation mit Externen betrifft. Es gibt zwar eine schöne Zuarbeit zum Beispiel von den sozialen Trägern, von den Wohnungsbaugesellschaften; das ist berichtet worden, das kann ich für die Servicestelle nur bestätigen. Aber es fehlt noch ein bisschen die Kooperation mit den zuständigen Landeseinrichtungen, also meinetwegen dem Verband der Wohnungswirtschaft, dem VdW südwest, oder der Liga der Wohlfahrtspflege. Hier wird, denke ich, ein qualitativer Schritt erfolgen, wenn die Lenkungsgruppe arbeiten wird. Die erste Sitzung der Lenkungsgruppe wird noch in diesem Jahr stattfinden.

Eine qualitative Einrichtung, die wir in dem HEGISS-Netzwerk geschaffen haben, ist: Wir haben Projektgruppen eingerichtet, in denen die Begleitforschung, die wir haben, die Standorte mit ihren Praktikern und die Kommunalverwaltung zu bestimmten Themen zusammenarbeiten.

Vorsitzender: Darf ich hier einmal unterbrechen, und Sie bitten, die Redezeitvorgabe zu beachten.

Herr **Dr. Lüken-Isberner:** Ja, ich bin gleich fertig. – Hier sind die Ergebnisse in Kürze zu erwarten. Sie werden dann in das Netz gestellt.

Noch ein Satz: Wir haben jetzt vor, unter dem Stichwort „HEGISS-Innovationen 2006“ das Thema „Modellvorhaben“ – heute schon viel strapaziert – noch einen Schritt weiterzubringen, indem wir – „wir“ heißt das Land, das HMWVL – möglichst komplexe Projekte fördern wollen, bei denen gerade nichtinvestive Teile stärker im Fokus stehen als bisher.

Herr **Prof. Dr. Wullkopf:** Meine Damen und Herren! Ich habe meinen Beitrag in ganz wenigen Thesen, in fünf Thesen, zusammengefasst.

Die erste These ist die einfachste: Es ist klar, dass die Verbesserung der Situation in sozialen Brennpunkten aus drei Teilzielen besteht. Das erste Teilziel ist die städtebauliche und die wohnungswirtschaftliche Verbesserung, also die Verbesserung der Wohnverhältnisse und der Infrastruktur. Das zweite Teilziel ist die Verbesserung der sozialen Kompetenzen der Bevölkerung. Und das dritte Teilziel ist die wirtschaftliche Qualifizierung der Bevölkerung.

Man muss wissen, dass hinter jedem dieser Teilziele schon eine Unmenge von Programmen und Fördermitteln auf Bundesebene, Landesebene, bei den sozialen Trägern usw. stehen. Man muss andererseits wissen, dass ein wirklicher Erfolg nur stattfinden kann, wenn diese drei Teilziele gemeinsam, integriert angepackt werden. Die Verfolgung nur eines Teilziels bei Unterlassung der Verfolgung der anderen beiden Teilziele bedeutet, sein Ziel nicht erreichen zu können. Das ist meine These Nr. 1.

These Nr. 2: Das Programm „Soziale Stadt“ ist das erste Programm, das dies erkennt und von vornherein die Bekämpfung von städtebaulichen Missständen begleiten will

und damit parallel eine Bekämpfung von Problemen und Missständen von Problemgruppen verfolgt. Hiermit wurde zum ersten Mal diese Integration erkannt und ein entsprechendes Programm erstellt. Das ist eigentlich der Vorteil dieses Programms. Das muss man immer sehen. Wenn man nur Teilziele verfolgen will, ist dieses Programm falsch.

These Nr. 3: Was mir als Ökonom und vielleicht etwas abstrakt denkender Mensch missfällt, ist, dass in vielen dieser Programme durch diese Bottom-up-Situation der Beteiligung irgendwelche kleine Feuerchen gelöscht werden. Wir sollten uns aber schon strategisch darüber Gedanken machen, wie in einer Gemeinde in 10, 15 oder 20 Jahren die Sozialstruktur und die Wirtschaftsstruktur aussehen werden – Sie hatten es gesagt; ich sehe es auch so – und wie der gegenwärtige Gebäudebestand und die gegenwärtige Wirtschaftsstruktur an diese künftige Struktur angepasst werden können. Wenn man das nicht macht, kommt man in die Schwierigkeit, dass irgendwelche Gebäude modernisiert werden, die in zehn Jahren wieder abgerissen werden müssen, weil die Bevölkerung weg ist und die Nachfrage für diese Gebäude nicht mehr vorhanden ist. Ohne eine solche Portfoliobetrachtung, wie man heute sagt, kann man also sehr viel Geld verschwenden, obwohl man sich einbildet, Feuerchen gelöscht zu haben.

Die These Nr. 5 ist meine Hauptthese. Wir alle haben über die Notwendigkeit von programmorientierter Steuerung geredet. Es ist völlig klar, dass man das machen muss. Nur: Ich weise darauf hin, dass es dazu auch Wissen gibt. Es gibt sehr viel Wissen über Kooperationsmanagement. Da sind uns die Skandinavier um Jahrzehnte überlegen. Vielleicht sollten wir einmal hingucken, wie die das machen. Die haben ganz andere Art und Weisen, wie man miteinander kooperiert.

Das Zweite und Wichtigste für mich ist, dass man die Erkenntnisse der Managementwissenschaft über strategisches Management hier einfließen lässt. Sprich: Als Erstes muss man wissen, was man zentral will. Einige haben hier Vorschläge gemacht. Zum Beispiel hat Herr Jühe gesagt, er will die Bildungsvoraussetzungen der Kinder und Jugendlichen verbessern; das ist sein Hauptziel. Das ist toll. Wenn man das als Ziel hat, dann kann man viel machen. Andere haben gesagt, sie wollen die lokale Ökonomie verbessern, Migranten integrieren. Das ist auch toll. Bloß: Man muss diese Ziele definieren und daran festhalten. Wenn man das nicht macht, sich verzettelt – einmal da etwas tut und dann wieder einmal dort –, dann wird es aus meiner Sicht sehr schwierig. Erst wenn man eine solche Grundmission hat, kann man Teilziele formulieren, einen Umsetzungsplan machen und auch den Erfolg messen – ich soll ja hier über Evaluation sprechen. Evaluation ist nicht möglich, wenn nur hier und da ein kleines Feuerchen gelöscht wird – wenn nur hier einmal die Leute in den Verein kommen und hier einmal zusammen im Waschraum sitzen oder so. Man muss ein Gesamtziel haben und darauf zusteuern, und das Gesamtziel muss auch zukunftsfähig sein. Erst dann ist eine Evaluation wichtig.

Es wurde auch gesagt, dass in diesem Zusammenhang Projekte, die wirklich sehr erfolgreich waren – wir sagen heutzutage immer „Leuchtturmprojekte“ dazu –, als Vorbild für die anderen wesentlich deutlicher gemacht werden müssen, damit man die Voraussetzungen erkennt und die Machbarkeit von solchen Projekten sieht.

Das waren meine wenigen Thesen.

Frau **Hey**: Mein Name ist Christina Hey. Ich vertrete die LAG Soziale Brennpunkte.

Kurz zu dem Verein: Die LAG Soziale Brennpunkte ist ein Zusammenschluss von Bewohnerinitiativen und Gemeinweseneinrichtungen in sozialen Brennpunkten oder – so sage ich einmal – weiterentwickelten sozialen Brennpunkten. Wir verfügen über eine dreißigjährige Erfahrung in sozialräumlicher Armutsbekämpfung und auch in integrierten Handlungskonzepten. Es ist ja nicht so, dass das Ganze erst mit dem Programm „Soziale Stadt“ angefangen hat. Vielmehr gibt es da ja Vorerfahrungen. Mit diesen Vorerfahrungen sind wir auch Dienstleister in der Servicestelle HEGISS, aber gleichzeitig auch als Organisation kritischer Begleiter des Programms. Ich werde auch in dieser Funktion heute reden.

Die Erfahrung aus den vergangenen Jahren zeigt meines Erachtens – – Vorhin ist die Frage aufgetaucht: Ist es irgendwann zu Ende? Es war in früheren Jahren auch der Gemeinwesenarbeit entgegnet worden: Wann habt ihr euch überflüssig gemacht? Meine erste These ist: Die soziale Stadtentwicklung macht sich nicht überflüssig. Solange wir Prozesse der sozialen Ausgrenzung haben, wird sich diese sozialräumlich niederschlagen. Es wird eine Daueraufgabe sein, sozialräumliche Armutsbekämpfung zu betreiben. Ich denke, es ist ein Unterschied, in welcher Intensität sie betrieben wird. Aber das wird auf Dauer eine gesellschaftliche Aufgabe sein.

Von daher werden sich, denke ich, unsere Aufgaben entsprechend gestalten. Das heißt, es wird notwendig sein, dass das Programm fortgeführt wird, dass neue Standorte mit aufgenommen werden und sich das Programm als Gegensteuerung zu dieser Ausgrenzung versteht.

Es ist aber aktuell auch notwendig, dass wir uns Gedanken um die Verstetigung machen. Das ist jetzt ein paarmal angesprochen worden. Ich denke, dass einige Punkte unabdingbar sind, wenn die Verstetigung gelingen soll. Das eine ist der politische Wille zur Fortsetzung über diesen intensiven Förderzeitraum hinaus. Es ist notwendig, dass die Beteiligungsstrukturen und die Vernetzungsstrukturen erhalten werden. Es ist notwendig, dass Bildung und Qualifizierung für die Bevölkerung bereitgestellt wird und dass die Gemeinwesenarbeit als Aktivierung und Unterstützung der Bewohner, als Integrationsmotor und als Problemanzeiger auf Dauer gefördert wird. Das ist auch schon mehrfach angesprochen worden.

Ein anderer Punkt, der auch schon mehrfach genannt worden ist, ist die Schaffung und der Erhalt von Jugendhilfemaßnahmen und sozialen Förderprogrammen und die Einbeziehung beschäftigungspolitischer Initiativen. Da möchte ich noch darauf hinweisen, dass es notwendig ist, dass die Förderprogramme nicht einfach nur auf diese Standorte übertragen werden können, sondern dass wir da auch einen Sonderstatus brauchen. Nur als Beispiel: Wir haben bei uns im Stadtteil eine Kindertagesstätte mit einer besonderen Ausstattung. Das hilft natürlich, die sozialen Problemlagen anders zu behandeln, als wenn es einfach nur eine normale Regeleinrichtung wäre.

Die Verstetigung sozialraumstabilisierender Modellprojekte ist auch schon genannt worden. Was ich noch erwähnen möchte: Was, wie ich glaube, sehr gelungen ist, um auch die Bevölkerung zu aktivieren und zu beteiligen, ist die Einrichtung eines Bürgerfonds, das heißt die Bereitstellung von Mitteln für den Stadtteil, die auch über die Programmdauer hinaus wirken und einen Anreiz bieten, sich weiter für den Stadtteil einzusetzen.

Noch ein Punkt zur Aktivierung und Beteiligung: Es ist angesprochen worden, dass das Programm da sehr erfolgreich war. Dem würde ich zustimmen. Ich denke allerdings, dass es einige Schwierigkeiten und noch ein paar weiße Flecken gibt. Es ist sicher gelungen, Bürger zu beteiligen und Strukturen zu schaffen, zum Beispiel durch die Gründung von Stadtteilbeiräten und Vereinen. Man muss aber auch sehen, dass es vielfach Bevölkerungsgruppen gibt – das ist kurz am Rande einmal erwähnt worden –, die da nicht beteiligt sind, nämlich die benachteiligten Bevölkerungsgruppen in den Stadtteilen. Um deren Aktivierung geht es uns ja auch im Rahmen des Programms. Da ist, denke ich, noch nachzubessern. Da müssen noch neue Ideen entwickelt werden. Vor allem kann sich Beteiligung nicht einfach in Beteiligungsstrukturen, die dann gelebt werden, erschöpfen. Vielmehr ist es ein lebendiger Prozess, der immer wieder neu gelebt werden muss, der auch eine punktuelle Beteiligung sein kann, der eine praktische Beteiligung bei der Gestaltung des Stadtteils sein kann, der aber nicht so verstetigt werden darf, dass wir quasi eine Abbildung des Landesparlaments im Stadtteil haben. Es muss vielmehr ein Gegenüber der verschiedenen Partner sein, die im Rahmen der „Sozialen Stadt“ tätig sind.

Ein Punkt, der bisher noch gar nicht angesprochen worden ist, der mir aber sehr am Herzen liegt, ist die Öffnung des Programms für neue Standorte. Damit meine ich nicht unbedingt nur, dass jetzt auch neue Standorte in die Förderung aufgenommen werden sollen – das ist sicher notwendig –, sondern man muss sich auch einmal die Frage stellen: Was passiert mit den Leuten, die jetzt plötzlich nicht mehr als Mieter in dem Stadtteil erwünscht sind, weil man dort eine dort andere Belegung haben will? Da müssen wir, denke ich, darauf achten, dass wir, vor allem auf kommunaler Ebene, eine Gesamtstrategie entwickeln, damit wir nicht auf der einen Seite Standorte befrieden und auf der anderen Seite die anderen „runterkippen“, und dadurch neue Problemgebiete entstehen, wo die Leute „abgestellt“ werden, die nicht mehr in die Siedlungen passen.

Das eben beschriebene Problem ist, denke ich, ganz gut zu lösen. Wir können konkret etwas dagegen machen, wenn wir den Diskurs zur „Sozialen Stadt“ für andere Problemgebiete, die wir in Hessen haben, öffnen würden. Bisher ist der Diskurs auf die Förderstandorte bezogen. Das ist sehr eng gefasst. Das ist so ein bisschen wie bei der EU. Dort gibt es auch immer die Runden zu den Projekten, die in der Förderung sind, und die anderen sind halt nicht so präsent. Da hätten wir, denke ich, eine gute Chance, wenn wir die anderen Standorte mit in die Diskussion einbeziehen würden. Das würde erst einmal gar kein Geld kosten. Vielmehr könnten sich die anderen Standorte an dem Erfahrungsaustausch beteiligen, sie könnten von dem Programm lernen und vielleicht auch – das würde dann schon ein bisschen Geld kosten – eine Beratung durch die Servicestelle erfahren. Auf jeden Fall hätten wir dann gewährleistet, dass die Programmphilosophie, die ja sehr gut greift, auch auf die anderen Standorte mit übertragen wird.

Gut wäre auch – da denke ich, dass das nicht nur auf Standorte der „Sozialen Stadt“ zu beziehen wäre, sondern auch breiter für benachteiligte Quartiere gelten sollte –, wenn wir die Landesförderprogramme gezielt in diese Stadtteile lenken würden. Die Bereiche Bildung und Kooperation Jugendhilfe/Schule sind bereits angesprochen worden. Die ganzen Problemlagen, für die Programme aufgelegt werden, haben wir verstärkt vor Ort in den Siedlungen. Daher haben wir natürlich auch den Bedarf, dass diese Programme sich da wiederfinden. Man muss aber auch sehen, dass das nicht immer 1 : 1 aufgeht, weil die Förderrichtlinien dem oft ein bisschen entgegenstehen. Wir brauchen dann auch Förderrichtlinien, die es ermöglichen, dass die Programme da auch richtig greifen.

Was gibt es aufseiten des Landes zu tun? Ich denke, wichtig ist – das ist schon angesprochen worden – eine interministerielle Zusammenarbeit. Das ist das große Problem – Stichwort Kultusministerium. Das ist jetzt mehrfach ausgeführt worden. Weiter ist es wichtig, die Förderprogramme in die Standorte zu lenken und den Diskurs zu öffnen. Wir haben jetzt erfahren, dass es eine Lenkungsgruppe auf Landesebene geben soll. Da würden wir gerne unsere Mitarbeit anbieten. Wir wünschen uns auch, dass das Land weitere LOS- oder ähnliche Programme zur lokalen Beschäftigungsförderung fördert, damit wir da auch wieder einen Anreiz haben, auch mit den Kreisjobcentern ins Gespräch zu kommen. Da gibt es ja jetzt eine neue Struktur, mit der wir Erfahrungen sammeln. Da wäre ein finanzieller Anreiz sicher nicht schlecht.

Wir können uns vorstellen, dass ein „Leitbild Bürgerbeteiligung“ neu gefordert wird, mit dem die Qualität von Bürgerbeteiligung beschrieben wird, mit dem aber auch die örtlichen Akteure verpflichtet werden, sich darauf zu verständigen, was sie unter Bürgerbeteiligung verstehen. Wir wissen aus Erfahrung, dass das ein schwieriger Prozess ist. Wir denken, wenn man sich da im Vorfeld verständigen kann, dann ist es sicher nur hilfreich für alle Beteiligten, um sich manche qualvollen Erfahrungen zu ersparen.

Wir hoffen, dass die neuen Programmmittel gut eingesetzt werden, dass sie auch mit genutzt werden, um diese ganzen Aspekte, die heute genannt worden sind, mitzubetrachten.

Vorsitzender: Für die Bewohnerinnen und Bewohner sprechen nun Bettina Baums aus Gießen und Erika Lotz-Halilovic aus Marburg.

Frau Baums: Wir haben uns im Vorfeld getroffen und überlegt, was wir Ihnen erzählen möchten. Dabei haben wir festgestellt, dass manche Probleme an unseren Standorten praktisch nicht zu vergleichen und völlig unterschiedlich sind und andere Probleme völlig gleich sind, uns dort also an der gleichen Stelle der Schuh drückt.

Für uns ist es sehr schwer, die Strukturen und Gremien, die für uns vor kurzem, nämlich vor sechs Jahren, entstanden sind, jetzt so zu nutzen, wie sie genutzt werden sollten. Uns ist es sehr wichtig, dass das Geld, das investiert wurde – nicht nur in die ganze Wohnumfeldgestaltung, sondern auch in die Zentren, die entstanden sind –, nachher nicht in irgendeiner Weise verpufft. Das heißt, wir Bewohner sehen alle, was passiert ist. Die Bewohner ästimieren es, wie man im Hessischen sagt. Sie anerkennen das, was entstanden ist. Aber sie haben gleichzeitig auch Bedenken, dass, wenn man das Programm so hart auf zehn Jahre begrenzt, eventuell die Pflanzen, die dort entstanden sind, durch Unkraut überwuchert werden.

Wir haben Bedenken, wenn das Ehrenamt so schnell in die Verantwortung genommen wird. Wir sagen einfach – nach zehn Jahren ist sehr schnell –, dass wir damit überfordert sind. Das heißt, die Kontinuität, die wir uns über zehn Jahre hinaus wünschen würden, gibt es weder bei den Bewohnern noch bei den anderen Akteuren der „Sozialen Stadt“. Bei uns gibt es sehr viel Wechsel sowohl von Dezernenten als auch von Akteuren des Stadtteilmanagements, als auch von Bewohnern, die einfach nur eine Zeit lang ihr Engagement zur Verfügung stellen wollen. Das heißt, wir müssen noch mehr darauf achten, eine Kontinuität nicht nur in der Laufzeit zu haben. Vielmehr fordern wir auch

eine Kontinuität in der Begleitung über die Laufzeit hinaus. Es wird, denken wir, für uns sehr schwierig, wenn das Programm nach der Laufzeit zu Ende ist und die Kommunen die einzige Verantwortung bekommen. Denn wir denken, dass dann der eine oder andere Standort nicht mehr so viel Beachtung erfährt wie jetzt und sehr viel von dem, was so schön entstanden ist, nicht mehr zu halten sein wird.

Ganz wichtig ist für uns, dass die Landesebene weiter die Steuerung behält, dass die Gremien, die hier entstanden sind, auch weiter einen Daumen darauf haben oder ein Auge darauf haben – oder wie auch immer man das nennen möchte –, dass wir auf jeden Fall sehen, dass das nicht nur unter kommunaler Verantwortung, nicht nur wegen der Finanzen, sondern auch aus allen möglichen anderen Gründen geschieht.

Wir haben festgestellt, dass sehr viele einzelne Projekte sehr gut angelaufen sind, dass sich die Menschen an ihren Standorten ernst genommen fühlen, dass sie sich wieder relativ gern in ihrem Ort bewegen und sagen: „Okay, wir müssen nicht unbedingt wegziehen.“ Wir haben aber auch festgestellt, dass es sehr schwierig ist, die Leute bei der Stange zu halten und weiterhin zu motivieren.

Wir haben in den einzelnen Gruppen sehr viel getan. Wir müssen uns jetzt, in den letzten Jahren, ein bisschen auf die Integration zwischen den Gruppen konzentrieren. Denn nur so können wir eine Vereinsstruktur, Trägerverbände oder Sonstiges in irgendeiner Weise forcieren, die nachher auch Möglichkeiten dazu bieten, Teile der Verantwortung für die „Soziale Stadt“ anschließend auf die eigenen Schultern zu nehmen. Das heißt, es muss dafür gesorgt werden, dass Nachbarschaftsvereine oder Stadtteilzentren weiter intakt bleiben können. Wenn das nicht mehr passiert, wird es ganz schnell wieder umkippen, und das ist bestimmt nicht das Ziel der „Sozialen Stadt“.

Wir bitten, dass das Ehrenamt mehr Anerkennung und vor allem mehr Unterstützung findet – natürlich nicht in dem Volumen wie jetzt – und mehr an die Hand genommen wird. Denn einem Kind, das zehn Jahre alt ist, sagt man auch nicht: „Hier hast du noch ein paar Hundert Euro, und jetzt sieh zu, wie du allein damit zurechtkommst“, sondern man begleitet es auch noch ein bisschen. Meine Sitznachbarin sagte vorhin so schön: „Wir möchten uns entbehrlich machen. Wir wollen, dass die Menschen allein zurechtkommen.“ Das ist sehr wichtig. Aber vielleicht sollte man nach den zehn Jahren doch noch ein bisschen Händchen halten, damit man mehr Möglichkeiten hat, dass das Geld am Ende kein rausgeschmissenes Geld ist, sondern man wirklich sagen kann: Wir haben etwas erreicht.

Frau Lotz-Halilovic: Im Großen und Ganzen hat Frau Baums alles gesagt.

Ich möchte mich auch einmal ganz herzlich bedanken, dass wir Bewohnerinnen hier auch einmal zu Wort kommen können. Die Fachleute in diesen Gebieten, die in diesem Bereich richtig arbeiten und ihr Tagwerk verrichten, treffen sich ja öfter. Aber meistens wird dann über uns gesprochen und nicht mit uns. Es ist, denke ich, ganz wichtig, auch einmal mit uns zu sprechen.

Vieles, was hier gesagt worden ist, kann ich nur bestätigen. Ich denke, die Kooperation und die ämterübergreifende Zusammenarbeit haben begonnen, und das muss weiter so laufen und ausgebaut werden. Man kann nicht sagen, das Sozialamt/Jugendamt habe eine andere Wertigkeit als das Bauamt oder Wohnungsamt. Das ist alles gleich wichtig.

Das sind alles Bausteine, die zusammengehören. Das hat durch das Programm „Soziale Stadt“ bei uns begonnen. Ich finde, das sollte so weiterentwickelt werden. Dass das Wohnumfeld gestaltet wird, dass die Wohnungen saniert werden, ist genauso wichtig wie dass die Gemeinwesenarbeit weiter ihr gesamtes Spektrum aufrechterhalten kann, für die Neubürgerinnen und -bürger eine erste Anlaufstelle zu sein und die Arbeit der Vereine zu koordinieren. Das läuft wirklich sehr viel besser. Ich wohne seit 20 Jahren in unserem Stadtteil am Richtsberg. Ich denke, das, was in den letzten sechs Jahren in der Kooperation und Koordination aufgebaut wurde, ist wirklich besser geworden. Ich wünsche mir, dass das weiter so bleibt. Das läuft über die Gemeinwesenarbeit, über die Schuldnerberatung, über die Hilfe bei Ausländerfragen, über die Kirchen, die sehr viel machen, die auch eine Anlaufstelle haben, bei der man auch Hilfe bekommt, und über die verschiedenen Vereine. Bei uns gibt es zum Beispiel das DOIZ, das Deutsch-Osteuropäische Integrationszentrum, wo sich Aussiedlerinnen und Aussiedler gefunden haben, und das HADARA, wo sich muslimische Menschen gefunden haben. Es gibt die anderen Vereine, wo sich die Deutschstämmigen – oder wie immer man sie nennen möchte – finden. Diese Einrichtungen treffen sich in einem Netzwerk und machen etwas gemeinsam. Es macht nicht nur jeder seinen „Stiefel“, sondern sie machen auch etwas gemeinsam. Das ist, denke ich, ganz wichtig und sollte ausgebaut werden.

Ich möchte auch noch einmal betonen, dass – wir sind ja hier im Wirtschaftsausschuss – solche Stadtteil wie der unsrige – er ist ja sehr dicht besiedelt; da wohnen viele Menschen – auch eine wirtschaftliche Bedeutung haben. Hier wohnen nicht nur – der Ausdruck des Herrn aus Wetzlar hat mich etwas geärgert – schwierige Menschen, sondern vor allem auch Menschen, die kein so hohes Einkommen haben, Menschen, die der Gesellschaft sehr nützlich sind, die aber wegen des tariflichen Dumpings, das überall stattfindet, umziehen müssen und eben in dieser Gegend wohnen, weil sie sich nichts anderes leisten können. Das muss man auch einmal sehen.

Auch die Ausländer und Migranten, die in unserem Stadtteil wohnen, also meine Nachbarn und Nachbarinnen, sind ganz große Ressourcen. Diese Menschen sind nicht schwierig, sondern sie haben eine schwierige Lebenssituation, aber sie kommen mit großer Hoffnung und mit großen Zielen in dieses Land und möchten auch für ihre Kinder eine gute Zukunft haben.

Da ist Bildungspolitik, wie sie der Herr Bürgermeister von Raunheim angesprochen hat, eine ganz wichtige Sache. Meine Kinder sind auch in die Schule, die sich in unserem Stadtteil befindet, gegangen. Ich merke, dass beim Übergang aufs Gymnasium oder auf eine andere Schule gerade Kinder aus Migrantenfamilien total „ausgesiebt“ werden. Das finde ich sehr, sehr schade. Denn diese Kinder haben die Kompetenz, zweisprachig aufgewachsen zu sein, und das ist schon etwas; diese Kompetenz haben wir zum Beispiel nicht.

Bei uns wohnen Menschen, die sozusagen von unserem Staat die Hand gereicht bekommen, weil sie aus Kriegs- und Krisengebieten kommen. Diese Menschen sind froh, dass sie ihr Leben haben. Auch das sind keine schwierigen Menschen, sondern sie haben ein schwieriges Leben, und sie verdienen unseren Respekt.

Die Bewohnerinnen und Bewohner, die in Deutschland geboren sind und aus den unterschiedlichsten Gründen noch oder wieder in einem solchen Gebiet wohnen, verdienen auch große Anerkennung und Respekt. Denn wir leisten die Integrationsarbeit vor Ort. Wir sind die allererste Stelle, bei der die Leute zum Beispiel erklärt bekommen, wie

man überhaupt den Müll trennt. Wo gibt es denn so etwas wie Mülltrennung? Eigentlich nur bei uns in Deutschland.

(Heiterkeit)

Aber es ist ein großes Ärgernis, wenn es jemand nicht macht. Solche Kleinigkeiten, ein Baustein nach dem anderen – – Ich möchte das einfach nur einmal sagen, wenn ich schon einmal das Wort bekommen habe.

(Heiterkeit und Beifall)

Alles in allem möchte ich mich den Ausführungen der Vorredner anschließen und sagen: Das muss auf jeden Fall weitergeführt werden. Denn das ist kein Projekt wie ein Straßenbau, der nach zehn Jahren fertig ist – auch nach dieser Zeit bedarf er der Pflege und der ständigen Sanierung, denn sonst geht die Straße kaputt. Ich würde sagen: Wir haben keine Probleme, sondern wir haben Aufgaben. Mein Anspruch an die Politik ist, dass sie dem gerecht wird.

(Beifall)

Vorsitzender: Meine sehr verehrten Damen und Herren, das war der Block der Vorträge der Anzuhörenden. Ich habe ihn jetzt, glaube ich, halbwegs vernünftig abgearbeitet.

Die Damen und Herren Abgeordneten haben zum Ausdruck gebracht, dass so viel auf uns hereingepresselt ist, dass wir noch eine Pause brauchen, bis das Protokoll vorliegt. Dann werden wir im Ausschuss noch kurz ein Resümee zu ziehen haben und sicherlich die Gespräche fortführen. Jedenfalls wurde mir signalisiert, dass innerhalb der Fraktionen Einigkeit darin besteht.

Mir bleibt somit nichts anderes übrig, als Ihnen sehr herzlich dafür zu danken, dass Sie den Weg nach Wiesbaden gefunden haben und hier Ihre Stellungnahme abgegeben haben. Ich hoffe, dass Sie gut nach Hause kommen. Ich denke, die Gespräche müssen und werden fortgeführt werden. Ich bedanke mich bei Ihnen und wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg und einen schönen Abend.

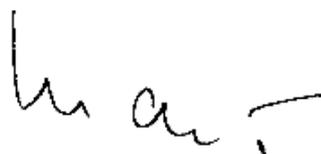
(Beifall)

Wiesbaden, 12. September 2006

Für die Protokollierung:

Heike Schnier

Der Vorsitzende:



Rüdiger Hermanns